

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Freitag.
Verlagspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Herrmann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsspaltige Kolonne 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Um die Seele des industriellen Proletariats

Der Geist von 1914 geht wieder um, der Geist des Bürgerkriegs und der nationalen Solidarität. Das Pariser Diktat legt dem gesamten deutschen Volke eine gewaltige Last auf. Nun lassen die bürgerlichen Organe ihre Klattenfängermedien ertönen, um die Arbeiterklasse in die Ideologie des Vorkriegszeitalters zurückzubringen. Dabei wird der Neben Zweck verfolgt, das Proletariat der nächsten zwei Generationen zur höchsten selbstlosen Kraftanstrengung anzuspornen, wohl wissend, daß die gewaltige Reparationsforderung der Entente nur aus der einzigen Quelle Arbeit geschöpft werden kann.

Nun haben sich seit dem Kriege im deutschen Bürgertum ideologisch gründliche Wandlungen vollzogen. Als der militärische Zusammenbruch, fälschlich Revolution genannt, im November 1918 erfolgte, war auch das Bürgertum entsetzt. Auch aus seinen Reihen kamen lebhaftere Proteste über den Verrat, den die militärischen Gewalttäter am deutschen Volke verübt hatten. Über Nacht wurden sie zu „überzeugten“ Republikanern und entfernten die Kaiserbilder aus ihren Gemächern. In den Parteisekretariaten der sozialistischen Parteien meldeten sich haufenweise honette Vertreter des Bürgertums zur Mitgliedschaft und erklärten, daß sie eigentlich schon immer auf „sozialistischem“ Boden gestanden hätten. Doch je mehr sich die ökonomische Tatsache herausstellte, daß soziale Revolutionen in ihrer vollen Auswirkung nur in langem zähem Kampfe durch das Proletariat errungen werden können und somit die wirtschaftliche Herrschaft des Bürgertums nicht unmittelbar durch die Proletariermacht bedroht ist, stellten sich die ursprünglichen Zustände in parteipolitischer Gliederung wieder her. Das Bürgertum wurde wieder antirevolutionär und monarchistisch. Lord Byron hatte das liberale Spießertum schon richtig gekennzeichnet:

Sie haben Königsmördern Ruhm verliehen —
Sie haben alle Könige gelobt.
Sie haben hoch die Republik geschrien
Und wieder gegen Republik getobt.
Jetzt sind sie liberal, doch stets eifrig
Den Tod zu wünschen und die Haut — wenn nötig.

Das Wiebergutmachungsdiiktat der Entente soll das Mittel werden, auch die Arbeiterschaft in die nationalistische Ideologie zurückzuführen.

Es ist ein langwieriger Kampf um die Seele unseres Volkes, ja man kann sagen, eigentlich nur mehr ein Kampf um die Seele des sogenannten industriellen Proletariats. Denn es zeigt sich täglich mehr, daß die bürgerlichen Schichten, vor allem die Intellektuellen, in ihrer übergroßen Mehrheit den Revolutionsrausch ausgeträumt haben. Die Wege zu finden, auch der Industrie- und Landarbeiterschaft die großen gemeinsamen Belange eines Volkes wieder nahe zu bringen, ihr das Verständnis für die unvergänglichen Eigenschaften und Werte des gemeinsamen Blutes zu erschließen, den Klassenkampf hinter den Kampf der Nation um ihr Dasein zurückzuführen, den nutz- und fruchtlosen, zur feilschen Seere führenden sozialistischen Materialismus durch einen persönlichen und völkischen Idealismus zu überwinden, das ist die große Aufgabe, das menschliche und nationalpolitische Ziel der Gegenwart, des Schicksals der Besten wert.

So schreibt der berühmte U-Boot-Baumeister in Nummer 73 seiner Bergisch-Märkischen Zeitung. Man muß eigentlich staunen über die Unversorgenheit solcher Kriegshege. Gerade Baumeister und Konfekten waren es, die dem Volke mit mathematischer Genauigkeit vorrechneten, daß mit dem Eintritt des verschärften U-Bootkrieges die Engländer in soundsoviel Wochen auf den Knien um Frieden bitten würden. Gerade diese Gesellschaft betörte das Volk mit dem Geschwätz, daß die „Feinde“ alles bezahlen müßten. Nun, wo ihre Politik mit dem Zusammenbruch des gesamten Volkes gedeutet hat, schimpfen sie auf die „internationale Demokratie“ und suchen auch die Arbeiter in ihre Wege zu locken. Diesen völkischen Schmalmeien gegenüber muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, wie die Verhältnisse heute in Deutschland liegen.

Wie sieht es in Deutschland aus? Franzosen und Engländer, die jetzt in großer Zahl Deutschland bereiten, sind entsetzt, welcher Luxus heute in Deutschland herrscht. Während die Schuljünger feststellen müssen, daß die heranwachsende Jugend sich anormal entwickelt, daß bis 40 Prozent derselben nicht das Normalgewicht aufweist, schwelgt und prahlt der reue und der alte Reichtum. In überfüllten Weinlokalen werden Summen ausgegeben, die ein Proletarier nicht im Monat an Verdienst erhält. Mit dicken Pelzen und schwerer Seide behangen, führen die weiblichen Parasiten ihre mehr oder weniger unansehnlichen Körper durch die Straßen der Großstadt. In einem Jahre ist für eine Milliarde Schaumwein konsumiert worden. Eine holländische Vitrofirmen verteilte 38 Prozent Dividende mit dem Hinweis, daß es durch gesteigerte Ausfuhr nach Deutschland möglich war, dieses günstige Resultat zu erzielen. In Nr. 67 des Berliner Tageblatts ist über die Weinlese 1920 folgendes zu lesen:

Da die Hochgewächse des Rheingaus durchweg Trockenbeerenauslese sind, so konnten sie fast ausschließlich nur in Viertelstücken zu 300 Liter Inhalt zum Angebot. So ergab ein Viertelstück 1917 Hermannshäuser Hölleberg 77300 Mk., 1917er Rudesheimer Schloßberg Hochdehlause 100300 Mk., 1918er Gattenheimer feinste Trockenbeerenauslese 131300 Mk., die gleiche vom Eltviller Laubenberg 136000 Mk.; die des uelgeräumten Steinbergs kam bis auf 143000 Mk. Endlich brachten der 1918er Rautentaler Waifen, feinste Trockenbeerenauslese, 186000 Mk., und der Rautentaler Waifen-Gehr das schwindelnd hohe Gebot von 241000 Mk., wohl gemerkt, immer für 300 Liter Wein. Die letztgenannte Marke wird unter 1000 Mk. die Flasche nicht zu haben sein.

Und nun erst die Gewinne des Industrie-, Handels- und Bankkapitals! Die hohen Dividendenbeträge allein schreien zum Himmel. Gar nicht zu reden von den

Zwischengewinnen, die erzielt wurden. Wurde doch schließlich wieder der Abschluß der Firma Schiege (Leipzig), Fabrik für Eisenbahnmateriale, bekannt, die 30 Prozent Dividende und eine Gratisaktie, also insgesamt 130 Prozent ausschütten konnte. Die Deutsche Petroleum-Aktien-Gesellschaft konnte insgesamt 150 Prozent Dividende ihren Aktionären zukommen lassen. Gar nicht zu reden von dem verfluchten Kapitalprofit, hervorgerufen durch eine beispiellose Verwässerung des Kapitals. Der Arbeiterschaft würden die Augen übergehen, wollte man einmal den Umfang der eingetretenen Kapitalverwässerung rechnerisch feststellen.

Was sollen die Staatsmänner der Entente sich für Begriffe machen, die solche Zustände beobachten müssen. Glauben die deutschen Kapitalisten, daß die Entente mit ihnen Mitleid haben sollte? Ja, die ungeheuren Forderungen der Entente werden erst durch die skandalösen Verhältnisse angeregt sein. Aber auch die Regierung ist als Mitschuldige festzunageln. Sie hat es nicht verstanden, die exzessiven Gewinne zu fassen und dem Staatsfiskus zuzuführen. Statt dessen pumpen die Regierungen der Nachkriegszeit immer neue Banknoten in den Verkehr. Durch diese nicht gebändigte Inflation wurde das Realeinkommen des arbeitenden Volkes immer miserabler und der Markkurs sank von Stufe zu Stufe. Nun, da die Entente zuzugreifen beabsichtigt, will man die Arbeiter mobilisieren, um die Geldschränke der besitzenden Klassen zu öffnen. Deshalb der Kampf um die Seele der industriellen Arbeiterschaft. Wenn wir auch oben feststellen konnten, daß diese „völkische“ Neuorientierung bei den bürgerlichen Schichten von Erfolg begleitet war, bei den Arbeitern wird sie erfolglos sein.

Daß die Forderungen unserer Kriegsgegner zur Katastrophe für Deutschland werden können, haben wir in Nr. 8 der Met.-Zg. des näheren dargelegt. Nun gibt es Arbeiter, die glauben das Problem gelöst zu haben, indem sie sagen: Die Kapitalisten und ihre Kampagne, die „Wirtschaften“, haben den Krieg heraufbeschwoeren, sie sind also für dieses entsetzliche Elend verantwortlich, ergo müssen die Kriegskosten von den besitzenden Schichten aufgebracht werden. Damit ist leider die unerbittliche Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß nur Arbeitsprodukte als Wertäquivalent für die Entente in Frage kommen. Walter Rathenau schreibt hierüber im Berl. Tageblatt u. a. folgendes:

„Was wir an Kriegsschadigung leisten, muß erarbeitet werden. Es sei denn, daß wir unsere Arbeitsmittel, Grund und Boden hingeben. Dann bliebe uns zwar nichts; aber unsere Gläubiger hätten keine Werte. Werte werden diese Dinge nur durch Arbeit. Alles, was wir zahlen, sind in letzter Linie Güter. Güter sind Arbeit. Rechnungseinheit für die Grundprobleme der Weltwirtschaft wird künftig die Arbeitsstunde sein...“

Fünfzehn Millionen landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter sind uns geblieben. Mehr kann ein Land von sechzig Millionen nicht aufbringen, denn mit ihren Angehörigen machen sie fast fünf Sechstel der Bevölkerung aus. Das Jahr hat 800 Arbeitstage, der Arbeitstag hat nach internationaler Vereinbarung acht Arbeitsstunden. Das ergibt für jeden Mann 2400 Arbeitsstunden im Jahr und für 15 Millionen Arbeiter insgesamt 36 Milliarden Arbeitsstunden. Nach heutigem Stande der Technik kann man mit einer reinen Wertschöpfung von einer halben Goldmark in einer Arbeitsstunde rechnen. Das bedeutet eine gesamte Wertzeugung des Landes von 18 Milliarden...“

Von den 18 Milliarden Werten, die wir erzeugen, müssen wir 6 Milliarden hergeben zur Bezahlung der Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe, die die Grundlage unserer Produktion bilden. Es bleiben somit für unseren Verbrauch 12 Milliarden statt 24. Diese 12 Milliarden aber sollen sich durch Zahlung der Kriegsschadigung allmählich bis um 6 Milliarden verringern. Dann bleiben für unseren Eigenverbrauch 6 Milliarden gegenüber jetzt 12 und vormals 24. Aber auch das nur unter der Voraussetzung, daß es gelingt, den ungeheuren Betrag von 12 Milliarden zu exportieren. Die Forderung von 6 Milliarden jährlicher Kriegsschadigung — die 12prozentige Ausfuhrabgabe darf nicht vergessen werden — bedeutet also folgende Alternative:

Entweder: es wird von uns verlangt, daß wir unseren Verbrauch um die vierten Teil des Friedensbedarfes einschränken. Man betrachte den bescheidenen Vorkriegshaushalt einer Arbeiterfamilie — fünf Sechstel der Bevölkerung — und prüfe, ob eine Einschränkung auch nur um ein Drittel menschlich-würdig und menschenmöglich ist.

Oder: wir werden gezwungen, unsere Arbeitszeit ohne Verbrauchserhöhung — also ohne Reallohnerhöhung — um mehrere Stunden täglich zu verlängern. Da für diese Verlängerung wesentlich nur die industrielle Arbeiterschaft in Betracht kommt — denn die Landwirtschaft kann nicht durch Mehrarbeit beliebig viel mehr erzeugen —, so würde der Ausgleich der Kriegsschadigung die Ausdehnung des Arbeitstages um 6 Stunden, nämlich von 8 auf 14 Stunden bedeuten.“

Walter Rathenau hat hier die Wirkungen der Entente-forderungen auf die Lage der Arbeiterschaft in düsteren Farben gezeichnet. Leider ist die Rechnung Rathenaus nicht zu bestreiten. Wenn dem aber so ist, dann muß von der gesamten organisierten Arbeiterschaft verlangt werden, daß alle deutschen arbeitsfähigen Personen zu dieser harten Zwangsarbeit herangezogen werden, daß ferner dem Luxus der Nichtsteuerenergie sich zu Leibe gegangen wird, daß die Gewinne der Kapitalisten bis zur volkswirtschaftlich notwendigen Grenze zurückgeführt werden und die Arbeiterklasse physisch in den Stand versetzt wird, eine über die gegenwärtige Arbeitsleistung hinausgehende Mehrarbeit zu leisten. Weil die besitzende Klasse alles auf die Arbeiterklasse abzuwälzen versucht, deshalb der jetzige Feldzug um die Seele des industriellen Proletariats. Klaren Blick bewahren und einzig zusammenzutreten, das muß die Parole der Arbeiterklasse in den nächsten Monaten sein.

Zur Neuwahl der Betriebsräte

Im Laufe des nächsten Monats erfolgen die Neuwahlen der Betriebsräte. Die vorjährigen, zugleich die ersten Betriebsratswahlen fanden unter den ungünstigsten Verhältnissen statt. Der Kapp-Züchtigungsschlag schlug seine Schatten, vertrieb die Arbeitermassen und so wurde es verständlich, daß der Wahlen für die Betriebsräte nicht die nötige Aufmerksamkeit zuteil wurde. An verschiedenen Orten sind sie ganz unterblieben, durch einen Akt der Verhinderung wurden die bestehenden Betriebsvertretungen funktionslos und ihre Amtsperiode stillschweigend verlängert. So gelten die jetzigen Wahlen als die erste geschlossene Nachprüfung, die unter der Leitung der einigen, gewerkschaftlichen Zusammenfassungen erfolgen und darum unsere besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Der geschäftsführende Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A.D.G. und des Afo-Bundes gab folgende Parole zur Wahl der Betriebsräte heraus:

- Für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands;
- Für die Kontrolle der Produktion und die reiflose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands;
- Für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in allen Fragen der Betriebsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugebilligt worden ist, und
- Für die Überführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Neben den im Betriebsrätegesetz enthaltenen Rechten und Pflichten der Betriebsräte muß der Kampf für die in der Parole aufgeführten Forderungen mit aller Schärfe geführt werden. Dieser Kampf ist ein Machtkampf, der nicht nur von den Betriebsräten geführt werden kann, sondern die Belegschaften der Betriebe und Arbeitsstätten haben sich geschlossen hinter ihre Kandidaten und späteren Betriebsräte zu stellen, um in gemeinsamer Kampffront die Verwirklichung der großen Kampfesziele zu erreichen.

Die Wahlen finden nach dem Betriebsrätegesetz statt. Die Rechte, die dieses Gesetz der Arbeiterschaft gebracht hat, entsprechen keinesfalls unseren Forderungen. Vorläufig betrachten wir es als eine Plattform, auf die wir treten, um für weitere Rechte zu kämpfen. Dieser Kampf gilt der Befreiung der Arbeiterschaft und dem Sozialismus. Im Bewußtsein dessen ist die Betriebsratswahl eine Angelegenheit der Gesamtbelegschaft und nicht, wie man zu beobachten ist, die Angelegenheit einer kleinen Gruppe oder Partei, die die Gesamtbelegschaft nur als Stimmgabel für ihre Kandidaten haben möchte. So wird es Pflicht eines jeden Kollegen, sich schon bei Aufstellung der Kandidaten aktiv zu beteiligen.

Eine breite Kampfbasis ist für die Betriebsräte auf dem ersten Betriebsrätekongress geschaffen worden, die Zusammenfassung in den Gewerkschaften. Jeder Kompromiß mit nicht freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräten wurde entschieden abgelehnt. Die Vorbereitung für eine einheitliche, aktionsfähige Kampfführung wurde geschaffen. Mit dieser Lösung wurde der unglückliche Streit um die Zusammenfassung der Betriebsräte, der besonders in unserer Organisation ausgefochten wurde, beendet. So sind bei der Betriebsratswahl nur solche Personen aufzustellen und zu wählen, die sich voll und ganz auf den gegebenen Boden der gewerkschaftlichen Zusammenfassung stellen.

Der Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sah in der Februaragung 1920 zur Wahl der Betriebsräte einen Beschluß, der für uns heute noch gilt und volle Beachtung verdient. Er lautet:

1. Die Durchführung der Wahl der Betriebsräte ist Aufgabe der Gewerkschaften und hat einheitlich und geschlossen gegenüber unseren gegnerischen Organisationen zu erfolgen.
2. Die Aufstellung der Kandidaten ist vorzunehmen auf der Grundlage und unter Anerkennung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages.
3. Von jedem Kandidaten ist zu verlangen, daß er sich verpflichtet, jederzeit sein Amt als Mitglied des Betriebsrates niederzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber oder von seiner Organisation dazu aufgefordert wird.

Diese Richtlinien sind bei der Aufstellung der Kandidaten von den Kollegen zu beachten. Das zur Sicherung und Festigung der Organisation Notwendige ist niedergelegt, werden diese Anweisungen von den Kollegen befolgt, so ist die Gewähr für die Schlagkraft und Aktionsfähigkeit der Organisation im vollen Maße vorhanden.

Bei der Entwicklung, die der Kätegedanke bei seiner Übertragung auf deutsche Verhältnisse genommen hat, sind die Nach der selbständigen Betriebsräteorganisation mit ihren egoistischen Plänen nicht auf ihre Rechnung gekommen. Das Geschrei für die selbständige Käteorganisation ist herauf, aber an anderer Stelle treiben dieselben Personen erneut ihr Unwesen, treiben erneut den Keil der Spaltung in die Reihen der Betriebsräte. Erneut entsteht die Gefahr der Zersplitterung der Betriebsrätebewegung mit allen trüben Nebenwirkungen. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf der Reichsgewerkschaftszentrale der A.D.G. In diesem Aufruf werden die Kommunisten überall aufgeführt, eigene Listen bei der Betriebsratswahl aufzustellen. Nach den bisher beobachteten Spaltungstendenzen der kommunistischen Partei nimmt diese erneute Zersplitterung der geschlossenen Front der Betriebsräte nicht mehr wunder. Wir betonen nur den an den Tag gelegten Opportunismus, erst zur Zersplitterung der Front durch Aufstellen eigener Listen aufzufordern und dann den Aufruf mit den Worten zu schließen: „Auf, zur Vereinigung der Arbeiter in einer Front!“ Dieser geht es wahrlich nicht mehr. So manchem Kollegen werden diese armseligen Treibereien die Augen öffnen.

Ein Jahr Tätigkeit haben die Betriebsräte hinter sich. Ein Jahr des Lehrens und Lernens. Bittere Erfahrungen haben die Betriebsräte gesammelt, so manchen ungerechtfertigten Angriff haben sie über sich ergehen lassen müssen. Die Parteifreigeitigkeiten sowie der Streit um die Zusammenfassung der Betriebsräte haben den Betriebsräten noch das Leben besonders schwer gemacht. So ist zu beobachten, daß ein Teil der Kollegen zu einer Wiederwahl nicht zu bewegen ist. Diese Erscheinung ist tief bedauerlich. Für die Betriebsräte sind bedeutende Mittel für Bildung und Wissen aufgewendet worden. Stellen sich die Betriebsräte nicht wieder zur Wahl oder werden sie durch Parteitreibereien beseitigt, so geht das vorhandene Maß von Wissen der gesamten Bewegung unmittelbar verloren, ein Verlust, der nicht so

von vorn angefangen werden, losbare Zeit und Mittel gehen verloren und die Gesamtbewegung kommt nicht im geringsten vorwärts. Hier wird es die gemeinsame Pflicht der Belegschaft und des Betriebsrates sein, diese Erscheinungen zu bekämpfen und Paktetreibereien vorgezeichneten Art unmöglich zu machen. Bestehen Differenzen mit dem Betriebsrat, so sind sie sachlich auszutragen. Ist eine Einigung nicht möglich, so sind sie zum Entschluß zu bringen unter Berücksichtigung des Allgemeininteresses. Es ist selbstverständlich, daß Betriebsräte, die das Vertrauen der Belegschaft verloren haben, nicht wieder gewählt werden können. Mancher Betriebsrat hat sich selbst in Gefahr begeben. Die Betriebsräte haben den Betrieb und die Verteilung von Lebensmitteln und sonstigen Waren übernommen, eine Unmenge Konfliktstoff ist dadurch angehäuft worden und hat viel Erbitterung unter die Belegschaft gebracht. Bei der Beurteilung dieser Differenzen müssen die Kollegen im Betrieb weitgehende Geschicklichkeit walten lassen, für die Zukunft aber alle bezüglichen Geschäfte entscheiden unterliegen. Die Arbeiterchaft hat die Konsumvereine, die die Warenversorgung zu übernehmen haben, der Betriebsrat muß endlich mit dieser „Kriegserzucht“ der Warenversorgung Schluß machen. Nur die persönliche Fähigkeit und Tüchtigkeit darf ausschlaggebend sein. In diesem Grundsatz muß festgehalten werden, alle Rücksichtnahme auf Parteien und Festlegung auf Agitationsparolen und Phrasen muß unterbleiben. Der Betriebsrat hat mehr und größere Aufgaben zu erfüllen, als dem Agitationsbedürfnis dieser oder jener Gruppe zu genügen. Große Hoffnungen hat die Arbeiterklasse auf die Betriebsräte gesetzt, wollen wir keine Enttäuschungen erleben, so dürfen die Betriebsräte in keine Parteifachpläne gedrängt werden. Sie müssen festgemurzt auf dem breiten Fundament der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft stehen. Witz so verfahren, dann wird Betriebsrat und Belegschaft ein Ganzes, Festes bilden und gemeinsam werden sie kämpfen und vorwärts kommen nach unseren großen Menschheitszielen unter dem Sturmbanner des Sozialismus. Nur dann wird die Arbeiterklasse Sieger sein.

Der neue Gesetzentwurf zur Schlichtungsordnung

Von Karl Borhöfzer, Stuttgart
(Fortsetzung statt Schluß)

Es wird überhaupt ein Gebot der Notwendigkeit sein, das Arbeitsverhältnis der Arbeitnehmer in den Schlichtungsinstanzen über das Arbeitsverhältnis der übrigen Arbeiter herauszuheben. Wie im § 88 des B.R.G. der Arbeitgeber zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Mitgliedes des Betriebsrates die Zustimmung des Betriebsrates braucht, so muß es auch bei dem Arbeitsverhältnis der Beisitzer zum Schlichtungsausschuß sein. Es darf unter keinen Umständen im Ermessen des Arbeitgebers liegen, einen bei ihm arbeitenden Beisitzer ohne weiteres zu kündigen. Man kommt nicht mit einem Vergleich mit dem Beisitzer zum Gewerkegericht. Die Tätigkeit dieser Beisitzer ist eine ganz andere und ihre Wirkung lange nicht von der erheblichen Bedeutung für die Allgemeinheit eines Berufs, wie die der Beisitzer eines Schlichtungsausschusses, der sich überhaupt nur mit Gesamtschlichtungen zu befassen haben soll.

Auf die Überfülltheit des § 23, Weirat, habe ich schon hingewiesen. Diese Überfülltheit wird erneut festgestellt durch den § 83, der die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten Landesverwaltungsbehörde zuweist.

Dann noch ein Wort zu den Vorsitzenden selbst. Bei den Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse sind dem gesunden Menschenverstand noch keine Schranken gesetzt. Dem Landesverwaltungsamt, bei den Revisionsinstanzen, bei der obersten Landesverwaltungsbehörde, beim Reichseinstellungsamt, bei den dortigen Revisionsinstanzen oder Revisionsinstanzen muß der Vorsitzende die Befähigung zum Richteramt haben. Beim Landesverwaltungsamt ist es noch nicht direkt ausgesprochen. Dort müssen nur auf Antrag einer Partei zwei weitere Beisitzer hinzugezogen werden, wenn der Vorsitzende der Revisionsinstanz die Befähigung zum Richteramt nicht hat. Aber einer von diesen beiden muß die Befähigung zum Richteramt besitzen und der eigentliche Vorsitzende hat dann mit einem Beisitzer zusammen nur eine Stimme. Da schlag doch Gott den Teufel tot. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Befähigung zum Richteramt, zum höheren Justiz- oder Verwaltungsamt einen Menschen als Vorsitzenden in einer der Schlichtungsinstanzen unfähig macht, aber die Arbeiterchaft soll es grundsätzlich ablehnen, daß zurecht die Befähigung zum Richteramt gegeben sein muß. In den vier Jahren, seit wir Schlichtungsausschüsse in Deutschland haben, sind doch allerlei Erfahrungen gesammelt worden und es wird unbestreitbar sein, daß diejenigen Schlichtungsausschüsse am besten mit gewirkt haben, wo Personen mit gesundem Menschenverstand und praktischer Erfahrung als Vorsitzende tätig waren, gleichgültig, ob sie die Befähigung zum Richteramt hatten oder nicht.

Ich würde es für einen unvorzeihlichen Fehler halten, wenn man der verabschiedeten Paragraphenliste die Vorbedingung wäre, um in praktischen wirtschaftlichen Fragen urteilen zu können. Das Gegenteil dessen, was der Gesetzgeber erwartete, dürfte dann in den weitesten Kreisen eintreten. Noch schlimmer aber ist es, was in § 47 festgelegt ist, daß der Direktor und die Generalsekretäre des Reichseinstellungsamts auf Lebenszeit ernannt werden. Ausgerechnet in „neuem“ Deutschland. Es wird wohl niemand im Ernst glauben, daß eine Institution mit solchen Vorkäufen und so weitläufigen Befugnissen, wie sie das Reichseinstellungsamt oder der Revisionsinstanz hat, auch nur irgendein Kredit bei der Arbeiterchaft haben würde, wenn die verabschiedeten Personen auf Lebenszeit angestellt werden. Man mag jemand überzeugt sein, daß jemand befähigt ist, dieses schwierige Gebiet vollkommen zu beherrschen, in kurzer Zeit kann sich schon herausstellen, daß man sich in den Fähigkeiten des Betreffenden getäuscht hat und dann fällt es

nicht möglich sein, den Mann anders als durch eine hohe Pensionierung letzten Endes zu befeitigen, wenn dies überhaupt möglich ist, wenn die Umstellung auf Lebenszeit erfolgt. Das geht nicht. Die Abberufung muß jederzeit möglich sein.

Dann aber die Revisionsinstanzen. Glaubt man wirklich schwerwiegende ernste wirtschaftliche Differenzen zu befeitigen oder einzudämmen, wenn man die Art ihrer Erledigung nach allen Regeln der Kunst erschwert? Das ist ja geradezu unmöglich. Es ist ja schon zum Purzelbaum schlagen, was in den Bestimmungen über die allgemeinen Vorschriften in § 57 bestimmt ist. Dort ist festgelegt, daß vereinbarte Schlichtungsstellen (nach Tarifverträgen vereinbarte) den Schlichtungsstellen vorgehen. Es heißt nun weiter unter anderem in dieser Bestimmung: „Ist die vereinbarte Schlichtungsstelle tätig geworden, hat jedoch das Verfahren vor ihr weder zu einer Einigung noch zu einem Schiedspruch geführt, so sind die Schlichtungsstellen erst zuständig, nachdem der vereinbarte Schlichtungsstelle Gelegenheit gegeben war, nochmals die Schlichtung der Streitigkeiten zu unternehmen.“

Dieser Unverstand in praktischen Dingen schreit geradezu zum Himmel! Ein Kommentar dazu ist wirklich überflüssig. Es würde noch einen Sinn haben, wenn es heißen würde: „...so wird die Schlichtungsstelle zuständig, nachdem sie festgestellt hat, daß das Verfahren vor der Schlichtungsstelle zu keiner Einigung geführt hat.“ Das hätte wenigstens einen Sinn und würde dem logischen Gang des Verfahrens entsprechen. Aber erst dann zuständig werden, wenn eine Stelle, die sich nicht einig konnte, nochmals den vergeblichen Versuch des Schlichtungsmittels unternommen hat, das ist ja mehr wie juristisches Klauern und grenzt fast an das Unerlaubte dessen, was Menschen, die ernst genommen sein wollen, nicht machen dürfen.

Weiter, der unständliche Weg des Revisionsverfahrens an sich. Hier wird die organisierte Arbeiterchaft nicht mitspielen. Das Schlichtungsverfahren muß einfach sein. Es muß rasch zu einer Verständigung führen und es darf nicht durch Appellationsgerichtshöfe belastet werden, die ja für diese Gesetze und Verordnungen doch nur zeitraubend sind, wenn einmal die Bogen der Erregung im wirtschaftlichen Kampfe sich nicht mehr dämmen lassen. Meines Erachtens gibt es einen praktischen und zweckmäßigen Weg nur in folgender Weise:

Schlichtungsstellen, die nur für einen bestimmten Bezirk zuständig sind, Landesverwaltungsamt, Reichseinstellungsamt.

Diese Dreigliederung genügt und entspricht auch vollkommen dem Bedürfnis. Streitigkeiten, die nur auf Betriebe oder auf einen Ort beschränkt sind, fallen unter die Schlichtungsstellen des Orts oder Bezirks. Differenzen, die sich auf mehrere Bezirke, d. h. auf ein ganzes Land ausdehnen, unterliegen dem Landesverwaltungsamt, und Streitigkeiten allgemeiner Natur, die sich über ein paar Länder oder bei abgeschlossenen Reichsarbeitsverträgen über das ganze Reich erstrecken, dem Reichseinstellungsamt. Das schließt ein Handhandarbeiten, eine Eingliederung der einzelnen Instanzen in das ganze System nicht aus, im Gegenteil. Aber jede Instanz ist für sich selbständig und entscheidet endgültig. Auch die zweckmäßig zu errichtenden Sachkammern bei den einzelnen Instanzen müssen für sich selbständig sein.

Die Revisionsinstanzen beim Landesverwaltungsamt oder beim Reichseinstellungsamt mögen gut gemeint sein, mögen auch scheinbar einem Bedürfnis entsprechen. Sie sind aber vollkommen überflüssig. Es gibt doch im ganzen Schlichtungswesen nur drei auseinanderzubehaltende grundsätzliche Punkte: Der erste ist, die Parteien kommen zur gegenseitigen Verständigung. Der zweite, es wird ein Schiedspruch gefällt, dem sich die Parteien unterwerfen. Der dritte, es kommt ein Schiedspruch zustande, dem sich die eine oder die andere der beiden Parteien nicht unterwirft.

In den ersten zwei Fällen kommt es zu keiner Revision. Im dritten Falle wird die obgenannte Partei die Verbindlichkeitsklärung beantragen und der Antrag und das Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung schließt in sich die Revisionsinstanz des Verfahrens. Deshalb denn also Revisionsinstanzen? Sie dienen also wirklich nur zur Verzögerung des Verfahrens und belasten den an sich umfangreichen Apparat des gesamten Schlichtungswesens in unnötiger Weise. (Schluß folgt)

Revolutionäre Taten

Von der Gründung einer neuen „Kampfororganisation“ ist auch Eigenart nicht verschont geblieben. Auch hier wurde von den „Revolutionären“ die Allgemeine Arbeiterunion ins Leben gerufen. Trotz Aufbietung aller Kräfte scheint man aber nicht beabsichtigt vorwärts zu kommen. Selbst die größten Paradeschiffe scheinen keine besondere Anziehungskraft mehr zu besitzen. So wurde vor kurzer Zeit Franz Pjempfer vor nur ungefähr 80 Zuhörern sprechen, trotzdem die Redezeitung genügend gefüllt wurde. Bei einer Mitgliederzahl von 1000 und mehr, die man immer angibt, zu besitzen, muß wohl der Versammlungsbefuch als sehr mäßig bezeichnet werden. Die Tüchtigkeit dieser revolutionären Deutschen? Ihre Taten sind alltägliche Erscheinungen und reichen sich denen ihrer Kampfgesellen in allen Ecken Deutschlands würdig an. Die Betriebsräte sind in ihren Augen konterrevolutionäre und werden von ihnen nach allen Regeln der Kunst bekämpft. Die Wirtschaftskrisis tritt auch im hiesigen Industriegebiet in Erscheinung. Die Arbeitslosigkeit wächst und die Arbeitslosen fordern Wiedereinstellung in die Betriebe. Den Betriebsräten wird die Aufgabe, zu sorgen, daß alle freien Stellen besetzt werden. Gleichzeitig haben sie darüber zu wachen, daß keine Entlassungen vorgenommen werden. Es wäre nun Pflicht eines jeden Arbeitenden gewesen, die Betriebsräte in dieser Hinsicht zu unterstützen. Insbesondere hätte man aber von den Leuten, denen es sonst immer nicht genügt gewesen, erwarten dürfen, daß sie die Forderung der Arbeitslosen ruhig unterstützen. Doch was kümmert sie das Gleich anderer, wenn sie nur selber genügend Arbeit haben.

In der hiesigen Fahrzeugfabrik, Abteilung Gießerei, wo sich die Zentrale dieser neuen Bewegung befindet, war es einem Pfälzweiler infolge verschiedener Umstände nicht möglich, einige Male rechtzeitig an seinem Arbeitsplatz zu erscheinen. Die Betriebsleitung machte dem Betreffenden keinerlei Schwierigkeiten. Anders seine Mitarbeiter, die fast reißend dieser neuen Bewegung angehören. Ohne den zu spät Kommenden über die Gründe und Ursachen seines Zuspätkommens zu hören, wurde ein Beschluß herbeigeführt, der die weitere Zusammenarbeit mit dem betreffenden Kollegen ablehnt. Der Betriebsrat sollte diesen Beschluß sanktionieren. Er lehnte dies aber ab, da der Kollege in keiner anderen Abteilung, die alle Arbeitsmängel hatten, untergebracht werden konnte. Hieraus ist deutlich zu erkennen, wie ernst es diesen Herrschaften mit der Durchführung der Arbeitslosenforderung ist, denn diese Maßnahme war weiter nichts als eine Protokollmachung in verdeckter Form. Gätten diesen Beschluß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter gefaßt, dann hätte man Peter und Moritz geschrien. Berräter wäre wohl hierfür der gelindeste Ausdruck gewesen. So sehen die revolutionären Laten aus und an ihren Laten soll man sie erkennen. In welcher Geistesverfassung sich diese Kämpfer befinden, zeigt ein Bericht im „Unionist“ über die letzte Betriebsversammlung der Fahrzeugfabrik. Dort wird die Behauptung aufgestellt, daß der Betriebsrat infolge seiner Lebensmittelaufgabe nicht sei, daß ein großer Teil der Belegschaft bei der Firma verjährt ist. Nicht einmal das Abc der wirtschaftlichen Zusammenhänge scheint der Berichterstatter begreifen zu haben, oder aber man will seine Passivität hiermit zu entschuldigen suchen. Welchen Mut die Führer dieser Kampfororganisation besitzen, kam in der betreffenden Versammlung recht drastisch zum Ausdruck. Die im Tarifvertrag festgesetzten Löhne sind Mindestlöhne. Infolgedessen nahm eine Abteilung des Werkes Veranlassung, eine Kommission zu bestimmen, die mit der Direktion über höhere Entlohnung Verhandlungen zu führen hat. Zu dieser Kommission gehörte auch einer der führenden Köpfe der Allgemeinen Arbeiterunion. Nachdem die Verhandlungen resultatlos verlaufen waren, erklärte der Betreffende in der Versammlung: „Ich bedaure, daß ich mich habe hinreißen lassen, bei der Direktion mit vorstellig zu werden.“ Es ist eben viel leichter, den Mund recht weit aufzureißen und eine Faust in der Hosentasche zu machen, als die Interessen seiner Auftraggeber zu vertreten. Bei der Agitation behaupten die Vertrauensleute der A.M.U.: „Wir nehmen nur Idealisten auf“, weisen aber ständig auf ihre niedrigen Großgehälter hin. Hieraus ist es wohl überhaupt zurückzuführen, daß sie einige hundert Mitglieder haben. Man groß scheint die Zahl nach den Vermögensangaben allerdings nicht zu sein. Anlässlich einer Aussprache erklärte einer, der mit den Dingen vertraut sein muß, daß sie jetzt einen Kampffonds von 5000 M besitzen und könnten schon einmal ein Längchen wagen. Wir wollen ihnen die Stillionen nicht rauben. Wenn man bedenkt, daß in der A.M.U. 1 M Pflichtbeitrag erhoben wird und dazu schon mehrere Extramartern geleistet worden sind, dann müßte doch bei einer über 1000 zählenden Mitgliedschaft ein höherer Kampffonds vorhanden sein. Hier muß etwas nicht ganz stimmen. Doch uns soll das nicht weiter interessieren. Kollegen, gehen wir dazu über, unsere alte kampferprobte Organisation zu stärken und auszubauen, denn nur mit ihrer Hilfe werden wir in der Lage sein, den Kapitalismus zu befeitigen.

Der Kampf um Oberschlesien

Der Kampf um Oberschlesien geht seinem Höhepunkt entgegen. Bald wird die Entscheidung fallen, ob Oberschlesien deutsch bleibt oder polnisch wird. Die abstimmungsberechtigten Oberschlesier, die im Reich je verteilt sind, sind das Jünglein an der Wage, daher ist es ihre Pflicht, zur Abstimmung zu fahren und ihre Stimme für Deutschland abzugeben.

Warum für Deutschland? Ein an Deutschland gelagertes Oberschlesien bedeutet für die gesamte deutsche Arbeiterchaft im allgemeinen und für uns Metallarbeiter im besonderen Arbeit und Brot und die Möglichkeit, mit unseren ober-schlesischen Kollegen gemeinsam zu kämpfen, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu überwinden. Seien wir deutschen Metallarbeiter uns dessen bewußt, daß unser Eintreten für ein deutsches Oberschlesien unseren dortigen Kollegen die spärlichen Ertragsüberschüsse der Revolution erhält und uns und ihnen die Möglichkeit gibt, unsere Ideen zum Wohle der gesamten Arbeiterchaft zu verwirklichen. Denn je größer und stärker der Kreis der organisierten Arbeiterchaft ist, desto besser und intensiver können die sozialen Kämpfe aufgenommen und durchgeführt werden. Ein polnisches Oberschlesien bedeutet für die gesamte Arbeiterchaft Oberschlesiens Verlust aller bisher erkämpften Rechte, weitere Verflämung und Verelendung; für uns deutsche Metallarbeiter Verlust der Rohstoffquellen und Arbeitslosigkeit. Die ober-schlesische Industrie ist mit der deutschen, hauptsächlich aber mit der Berliner Industrie so eng verbunden, daß eines ohne das andere nicht existieren kann. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man sagt, daß der Verlust Oberschlesiens 60 Prozent der Groß-Berliner Industrie lahmlegen würde.

Kollegen und Kolleginnen! Die Arbeiterchaft Bar-jahaus, Lodz, Demberg, Posen usw. unterstützt ihre polnisch denkenden Kollegen Oberschlesiens in jeder Weise, sowohl moralisch als finanziell. Wollt ihr schlechter sein als sie? Wollt ihr euren Ruf, das intelligenteste und bestorganisierte Proletariat der Welt zu sein, schädigen und eure deutschen Arbeitsbrüder in Oberschlesien im Stich lassen? Sie haben unter dem jetzigen Druck genug zu leiden, sie sind sogar gezwungen, in polnischen Organisationen organisiert zu sein, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, um Brot und Stellung gebracht zu werden. Sie geben ihre Hoffnung nicht auf, sondern sie erwarten und erhoffen von euch Unterstützung und Hilfe. Kollegen, sorgt dafür, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Wenn ihr für Oberschlesien werbt, dann werbt ihr für euch, für eure Arbeitsmöglichkeit, für euer Brot, deshalb sorgt dafür, daß keine Abstimmungsberechtigten zu Hause bleiben. Unterstützt die Arbeiter in Oberschlesien mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln. Werbt für die deutsche Abstimmung. Richard Wagnayl.

Metallarbeiter als Erfinder

Von E. J. Wolff (Griesheim). (Schluß der Fortsetzung)

Kunze folgte eine weitere Anzahl von Erfindungen, die alle dem erfindenden Zweck dienen, eine rollende Bewegung für den Antrieb von Maschinen zu liefern. Zunächst erhielt Watt die Idee, die bis dahin den Arbeit mit dem Hebelwerk verbunden hatte, durch einen neuen Mechanismus verdrängen zu lassen, den sogenannten Watt'schen Parallelgänger, durch welchen die bogenschwinge Bewegung des Hebelwerks in Erregung mit der geradlinigen Bewegung des Kolbens gebracht wurde. Um nun eine rollende Bewegung zu erhalten, bedurfte es nur noch der Anwendung einer Stange. Die Anwendung dieses einfachen Mittels wurde Watt jedoch zunächst durch einen Patentstreit verhindert, der von Watt's Hebelwerk getrieben war, welches die Anwendung der Stange zum Antrieb der Maschine zum Zweck hatte. Watt gelang es jedoch, indem er statt der Stange einen Pleuelarm, durch welchen sich die Bewegung des Kolbens ebenfalls in eine rollende verwandelt. Auf die Dauer bewährte sich jedoch dieser Pleuelarm nicht so gut wie die Stange, so daß Watt, nachdem das Patent jenes Patentstreit erloschen war, doch wieder zur Stange zurückkehrte. Um der jetzt gebräuchlichen Maschine aber den ausserordentlichen raschen und gleichmäßigen Gang zu sichern, erfindet Watt mehrere Erfindungen. Die erste derselben war das Schwungrad, das er auf der Welle anbrachte, an welcher die Pleuelarm angebracht wurden. Die zweite bestand in der Dreifachpleuelarm, einer Welle, die quer zu dem Pleuelarm gestellt ist und durch seine verstellbare Einstellung halb mehr, halb weniger Dampf passieren läßt. Hierdurch wird ein gleichmäßiger Lauf der Maschine auch bei wechselnder Belastung erzielt. Der Bedienung der Dreifachpleuelarm dient der Pleuelarmregulator, eine ganz genaue

Kombination der verschiedensten Kräfte und Wirkungen für einen mechanischen Zweck. Mit diesen drei Vorrichtungen zu versehen, hatte die Maschine einen raschen und gleichmäßigen Lauf erlangt, den sie für die ihr gestellte Aufgabe benötigte. Mit dieser Konstruktion war die Erfindung der Dampfmaschine vollendet, war eine in hohem Maße leistungsfähige und betriebssichere Dampfmaschine geschaffen, die sich nicht nur für den Betrieb von Wasserhebelwerken eignete, sondern sich den Arbeitsbedingungen auch aller anderen Industriezweige anpaßte, für alle der menschliche, nie lassende Arbeiter von unerschöpflicher Kraft wurde, durch welchen James Watt ein Aussehen wie niemals zuvor erlebten. Innerhalb weniger Jahrzehnte breitete sich die Watt'sche Dampfmaschine nicht nur in England, sondern in den Industriezweigen auch aller anderen Länder aus, überall ihre bestmögliche Wirkung entfaltend, überall aber auch den Ruhm ihres Erfinders verlebend. Watt erlebte den Erfolg seiner Erfindungen durch die gesamte damalige Kulturwelt noch lange Jahre hindurch, und nachdem er sich im Jahre 1800, in welchem sein Patent abgelaufen war, von dem geschäftlichen Leben zurückgezogen hatte, waren ihm noch nahezu 20 Jahre langwährender Ruhe beschieden, die er in mannigfachen tätigen und wissenschaftlichen Beschäftigungen widmete. Am 25. August 1819 fand er zu Gott, im 85. Lebensjahre. Das englische Volk ehrte den großen Lohn, indem es ihm in der Westminster-Abtei, der Ruhmeshalle der englischen Nation, ein Denkmal setzen ließ. Der Ruhm, der aus den weltweiten Schritten des Volkes hervorgegangen war, der als einer der größten Erfindungen angesehen wurde, ward in die Geschichte der Menschheit, die kein Volk hervorgebracht hatte, verfestigt. Unter den weiteren Männern, die zur Entwicklung der Dampfmaschine beitrugen, finden wir noch einen sehr bedeutenden Erfinder, der seiner Heimat nach Arbeiter war, nämlich den Amerikaner Oliver Evans, der in der Geschichte der Dampfmaschinenbauwesens nur wenig hinter James Watt zurücksteht. Oliver Evans wurde im Jahre 1765 in einem Orte bei Philadelphia als Kind holländischer Leute geboren, die nicht in der Lage waren, ihrem Sohne eine bessere Schul-

bildung angehen zu lassen. Wie der junge Watt, so war auch Oliver Evans auf Selbststudium angewiesen, um seinen Wissensdurst zu befriedigen und seinen sehr bedeutenden geistigen Fähigkeiten den nötigen Boden für eine erfolgreiche Betätigung zu schaffen. Als über seinen künftigen Beruf zu entscheiden war, gaben ihm seine Eltern einem Stellmacher in die Lehre, und als Stellmacher finden wir den jungen Evans nach seiner Lehre auch in Philadelphia beschäftigt. Sein Beruf brachte ihn in engere Berührung mit zahlreichen technischen Vorrichtungen und regte das in ihm schlummernde Erfindertalent mächtig an. Schon 1779, also in seinem 24. Lebensjahre, finden wir den jungen Evans als Erfinder einer Maschine zur Herstellung von Drohkugeln, die in der Textilindustrie zum Aufrauen der Stoffe gebraucht werden. Dann finden wir ihn als Erfinder zahlreicher und wertvoller Verbesserungen auf dem Gebiete der Mühlenarbeit, wie er überhaupt für das Mühlenfach eine besondere Vorliebe sein ganzes Leben hindurch behielt und diesem einen großen Teil seiner technischen Lebensarbeit widmete. Durch die vielfachen maschinellen Neuerungen und Verbesserungen, die er hier erfand und zur Anwendung brachte, wurde das amerikanische Mühlenwesen, das bis dahin auf ziemlich niedriger technischer Stufe stand, geradezu revolutioniert; die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Getreidemühlen stieg sowohl nach Menge wie Güte des Mehls ganz bedeutend, was zur Folge hatte, daß sich allmählich nahezu alle Mühlen des Landes zur Aufnahme jener Neuerungen entschließen mußten und die amerikanischen Mühle selbst geradezu musterhaft für das Mühlenwesen auch der meisten anderen Länder wurde. Solles doch allein in den Mühlen der Stadt Baltimore durch jene Verbesserungen die Produktionskosten jährlich um 5000 Dollar verringert, die Erinnahmen aber durch Steigerung der Produktion um 30000 Dollars vermehrt worden sein. Freilich dank erdachte der Erfinder bei den Mülern seines Heimatlandes nicht, verweigerten sie ihm doch sogar die Gebühren für die Benutzung seiner Erfindungen, die ihnen alljährlich viele Laufende von Dollars Refurmehne einbrachten, und Evans mußte erst in einem langwierigen Prozeß die Mülern zwingen, ihm den gerechten Lohn zu zahlen.

Neue indirekte Steuern?

Von Dr. R. Puchner, Direktor des Staatlichen Amtes Berlin-Schöneberg.

Am 14. Januar hat die Reichsregierung in Verhandlungen mit den Beamten die Mitteilung gemacht, die Finanzvertreter der Entente hätten den maßgebenden deutschen Stellen erklärt, daß die neuen Mehrausgaben für die Beamten- und Staatsarbeiterbezüge durch neue indirekte Steuern gedeckt werden müssen.

Daß die Finanzvertreter der Entente eine Erhöhung der deutschen Steuern wünschen, ist begreiflich, denn unsere Steuern decken nur einen kleinen Bruchteil des öffentlichen Bedarfs und unsere Schulden wachsen wöchentlich um eine Milliarde. Wenn sie aber neue indirekte Steuern fordern, trotzdem die indirekten Steuern heute schon — im Gegensatz zur Vorkriegszeit — mehr einbringen als die direkten Steuern, so erklärt sich dies vor allem dadurch, daß die Reichsregierung unter dem beherrschenden Einfluß der plutokratischen Strömungen innerhalb der Regierungsparteien unsere Besitzsteuern immer wieder als unerträglich hoch darzustellen sucht. Als ein Beispiel für viele sei eine Antwort der Reichsregierung auf den Finanzfragebogen der Entente wieder-

geben: „Privatmann, Vermögen am 30. Juni 1919 100 Millionen Mark. Davon Kriegsvermögenszuwachs 25 Millionen Mark. Der Steuerpflichtige sitzt im Jahre 1920 und hinterläßt sein Vermögen seinen beiden Neffen zu gleichen Teilen. Der eine der Neffen hat noch kein Vermögen, der andere ein Vermögen von 1 Million Mark. Die Besteuerung gestaltet sich nun folgendermaßen: Vermögen am 30. Juni 1919 100 000 000 M., davon ab: Kriegsvermögenszuwachssteuer 24 828 000 M., Reichsnotopfer 47 779 550 M., Nachlasssteuer 1 332 622 M., Erbschaftsteuer, zu zahlen von dem Neffen, der bisher kein Vermögen hatte, 5 032 245 M., Erbschaftsteuer, zu zahlen von dem Neffen, der bereits 1 Million Mark Vermögen besitzt, 7 548 367 M., bleiben als Rest von dem Vermögen von 100 Millionen Mark 13 479 216 M.“

zunächst ist schon die Rechnung an sich falsch. Denn selbstverständlich hat der Neffe, der vor dem Erbfall 1 Million besitzt, nicht 2 1/2 Millionen mehr an Erbschaftsteuer zu zahlen als der vermögenslose Neffe. Der „richtige“ Beamte, der eine so gewaltige Schröpfung der Erben durch den Fiskus herausgerechnet hat, hat eben den einschlägigen Paragraphen nicht zu Ende gelesen. Sonst hätte er gefunden, daß ein Erbe, der schon 1 Million besitzt, höchstens 360 000 M. mehr zu zahlen hat als ein vermögensloser Erbe. Die Erbschaftsteuer des vermögenden Neffen beträgt also nicht 7 548 367 M., sondern 5 392 240 M. (die des vermögenslosen Neffen 5 032 240 M.), und es verbleiben als Rest nicht 13 479 216 M., sondern 15 635 348 M. Aber viel wichtiger ist, daß in der amtlichen Berechnung des Reichsnotopfers vollkommen übersehen ist, daß bei der Veranlagung das Grundvermögen nur mit 80 Prozent seines Wertes angelegt wird, daß bei Vorauszahlungen ein Rabatt gewährt und daß selbstgeschuldeten Kriegsanleihe zum Nennwert angenommen wird. Ich habe schon gleich nach Erlass des Reichsnotopfergesetzes darauf hingewiesen, daß in Wirklichkeit kein einziger Abgabepflichtiger dem Fiskus mehr als 50 Prozent seines Vermögens zu opfern haben werde, und halte es für eine Zahlenpielerei, wenn man, wie in dem angezogenen amtlichen Beispiel, mit einer Abgabe von 63 1/2 Prozent rechnet.

Zimmerlin wird man der Regierung den guten Glauben bei ihrer Darlegung nicht abspornen können. Etwas anders liegt die Sache bei einem die gleiche Tendenz verfolgenden Artikel des Reichsfinanzministers A. D. Götthein in der „National-Zeitung“ vom 5. und 7. Januar. Da heißt es: „Wellecht am meisten zwingt die Erbschaftsteuer den Unternehmer, sie im Preis der Ware abzuwälzen. Steigt diese Steuer doch zugleich der Nachlasssteuer selbst beim Gatten- und Kindeserbe bis auf 75 Prozent.“ Götthein muß wissen, daß die Erbschaftsteuer zugleich der Nachlasssteuer beim Gatten- und Kindeserbe nie und nimmer auf 75 Prozent steigen kann. Er weiß aber auch aus eigener Erfahrung, daß der Nachweis falscher Angaben sein Ansehen in den ihm nachfolgenden Preisen nicht zu erfüllen vermag. Tatsächlich kann die Erbschaftsteuer zugleich der Nachlasssteuer beim Gatten- und Kindeserbe gegenwärtig 58,2 Prozent nie übersteigen. Und dieser Satz fände auch nur dann Anwendung, wenn zum Beispiel ein Sohn mit einem Neffenvermögen ein Neffenvermögen erbt. Erbt hingegen ein armer Schluher mit nur 10 Millionen Mark Vermögen von seinem Vater nur schätzbare 100 Millionen Mark, so hat er an Nachlasssteuer 4 963 000 M. und an Erbschaftsteuer 30 404 000 M., also insgesamt 35 367 000 M. oder 35,4 Prozent zu zahlen und er muß versuchen, sich wohl oder übel mit einem Vermögen von 74 633 000 M. durchzusetzen. Götthein allerdings, der keinen Kautschummillionär dachsen sehen kann, tröstet ihn gleich damit, er könne und müsse die Erbschaftsteuer im Preis der Ware abwälzen.

Zusammenfassend sagt Götthein: „Wenn heute mit Recht bitter über die ungeheuren Preisaufläufe auf die Selbstkosten, wenn über die raffende Genußsucht der Unternehmer, die die Ware dem Verbraucher so ungeheuer verteuert, geklagt wird, so hat dies ihre Ursache in der exorbitanten Fortführung von Einnahmen und Vermögen.“ Die direkten Steuern werden von allen am Produktions- und Verteilungsprozess Beteiligten völlig oder größtenteils abgewälzt. Sie belasten letzten Endes den Konsumenten der Ware.“ In Wirklichkeit liegt die Sache umgekehrt: Die indirekten Steuern wirken fast stets preissteigernd; die direkten Steuern aber wirken eher preisbremsend, weil sie die Kaufkraft der Besitzenden einschränken. Wer daher einen Preisabbau für notwendig hält — und ein Preisabbau ist nach dem Urteil des Präsidenten der Berliner Handelskammer die Vorbedingung für „eine durchgreifende Produktionssteigerung“ — muß die leider ja unvermeidliche Steuererhöhung in einem Ausbau unserer noch recht erträglichen direkten Steuern suchen und hat die Pflicht, dem Ausland wie dem Inland gegenüber zu betonen, daß unsere indirekten Steuern schon heute die Kinderbemittelten fürchterlich belasten.

Seine größte Bedeutung aber entfaltete Evans auf dem Gebiete des Dampfmaschinenbaus, und zwar als Erfinder der Hochdruckdampfmaschine. Die Dampfmaschine, so wie sie Watt herausgebildet hatte, war eine Niederdruckmaschine, d. h. der Dampf hatte im Zylinder dieser Maschine nur etwa 1 oder höchstens 1 1/2 Atmosphären Spannung. Das war noch ein Erbteil der früheren atmosphärischen Maschine von Newcomen, bei der der Luftdruck die eigentliche Triebkraft gewesen war und daher der Dampf nur eine dem Luftdruck entsprechende Spannung, also 1 Atmosphäre benötigte. Watt behielt die Dampfspannung bei, was aber die Anwendung des Kondensators nötig machte. In dem Kondensator nämlich herrscht eine viel geringere Spannung als in dem Zylinder, und nur infolge dieses Unterschiedes ist es dem Dampf möglich, aus dem Zylinder heraus und in den Kondensator einzutreten. Wäre letzterer nicht vorhanden, so würde der äußere Luftdruck dem Dampf den Austritt aus dem Zylinder unmöglich machen. Der Kondensator ist aber eine Befestigung der ganzen Maschine, die mancherlei Nachteile mit sich bringt. Die der Kondensation dienenden Vorrichtungen, wie der Kondensator selbst, die Luft- und Kaltwasserpumpen usw., nehmen viel Platz weg und verteuern auch die Herstellung der Maschine erheblich. Sehr oft macht auch die Befestigung der zur Kondensation nötigen Mengen kalten Wassers Schwierigkeiten, und schließlich ist die Leistungsfähigkeit einer solchen Dampfmaschine immer nur eine verhältnismäßig niedrige. Diese Nachteile erkannte Oliver Evans sehr bald, als er sich mit dem Studium der Dampfmaschine zu befassen begann, und ebenso fand er auch sehr bald das Mittel, um den Kondensator überflüssig zu machen und dadurch die Dampfmaschine von allen Nachteilen zu befreien, die dieser mit sich brachte. Dieses Mittel hieß: Dampf höherer Spannung. Solcher mußte in ständiger sein, den äußeren Luftdruck zu überwinden und infolgedessen den Zylinder auch ohne das Hilfsmittel eines künstlich luftverdünnten Raumes, wie es der Kondensator darstellt, zu verlasten. Zugleich mußte sich durch die Verwendung höher gespannten Dampfes auch die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschine wesentlich steigern lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Bereiche der Betriebsräte

Ein salomonisches Urteil des Schlichtungsausschusses Iserlohn (Westf.).

Seit April voriger Jahres wurde in der Metallindustrie vollständig tariflos gearbeitet, weil die Unternehmer den Vertretern der Arbeitnehmerverbände ein Angebot machten, welches von der gesamten Arbeiterschaft der Metallindustrie mit Entzückung abgelehnt wurde. Es wurde der Beschluß gefaßt, lieber tariflos zu arbeiten, als ein solch unwürdiges Tarifverhältnis abzuschließen. Doch war das Verlangen der Metallarbeiter im Oktober dahingehend, nun wieder zu festen Tarifverhältnissen zu gelangen.

Nach einer eingereichten Vorschlagsliste und einer wunderbaren Verschleppungstatistik des Unternehmerrates sollte am 25. November 1920 von den vertragschließenden Organisationen den Betriebsräten Bericht gegeben werden über die ablehnende Haltung des Iserlohrer Fabrikantenvereins. Um nun ein Bild von der gesamten Situation, geschaffen durch den hartnäckigen ablehnenden Standpunkt der Unternehmer, zu erhalten, war es notwendig, eine Gesamtbetriebsratsitzung einzuberufen. Diese betreffende Sitzung fand nun außerhalb der Arbeitszeit statt, um möglichst alle Betriebsräte erfassen zu können. Jedoch der Notwendigkeit und der Wichtigkeit halber erschienen auch Betriebsräte derjenigen Firmen, deren Schicht gerade in die Zeit der betreffenden Betriebsratsitzung fiel. Da nun einzelne Firmantenhaber sich weigerten, den entgangenen Stundenlohn, entfallen durch diese Sitzung, zu zahlen, klagten die Betriebsräte der Firma Mentath & Grüber in Iserlohn gemäß § 35 des Betriebsrätegesetzes auf Zahlung des entgangenen Stundenlohnes.

Charakteristisch an dieser Angelegenheit ist, daß in der Vorberhandlung des Schlichtungsausschusses ohne Ladung der beiden Parteien über solche eine wichtige Klagefrage eine Abstimmung vorgenommen wurde, welche das Ergebnis zeitigte, daß die Notwendigkeit der Sitzung laut § 35 des B.R.G. nicht anerkannt und somit auch die Klage an sich ohne Ladung der Parteien abgewiesen wurde. Erst auf energisches Eingreifen der Organisationen und durch eine scharf gehaltene Resolution der Betriebsräte an den Schlichtungsausschuss Iserlohn wurde eine Verhandlung und ein Termin angelegt, unter Ladung der beiden Parteien. Wie nun das Urteil lauten würde nach der im voraus getroffenen Abstimmung, war vorauszusetzen. Erschien doch von seiten der beklagten Firma als Rechtsbeistand zu diesem Termin der Geschäftsführer des Fabrikantenvereins Iserlohn und der Syndikus des Arbeitgebervereins vom Regierungsbezirk Arnsberg, welche zu Eingang der Verhandlung erklärten, daß dieser Fall für sie eine prinzipielle Entscheidung sei, daher das große Aufgebot von Rechtsbeiständen des Unternehmerrates.

Nach einer mehrstündigen Verhandlung, in welcher von Unternehmerrate aus sämtliche Klagen springen gelassen wurden, und trotzdem von seiten des Arbeitnehmervertreters klar erwiesen wurde, daß diese Sitzung im Sinne des § 35 des Betriebsrätegesetzes als notwendig anzusehen ist und somit eine Minderung der Entlohnung nicht zur Folge haben darf, wurde folgender Spruch vom hiesigen Schlichtungsausschuss gefällt:

Die Spruchkammer steht auf dem Standpunkt, daß die Klage unbegründet ist. Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann die entstandene Verfaumnis der Arbeitszeit nicht als notwendig im Sinne des § 35 des Betriebsrätegesetzes angesehen werden. Eine Betriebsratsitzung während der Arbeitszeit ist nur dann als notwendig zu betrachten, wenn die Interessen des eigenen Betriebes eine solche erfordern. Da es sich im vorliegenden Falle jedoch um eine Besprechung über allgemeine Fragen handelt, kann die Firma nicht zur Zahlung des Lohnausfalles verpflichtet werden.

Ein Tendenzurteil im wahren Sinne des Wortes. Etwas anderes konnte man von dem hiesigen Schlichtungsausschuss nicht erwarten. Weiß man doch, daß in Iserlohn der Hauptteil des reaktionären Unternehmerrates vom Regierungsbezirk Arnsberg ist und diese Herren von dem bisherigen Herrn im Hause Standpunkt nicht ablassen können, die Betriebsräte, weil sie nun einmal hier in Iserlohn ihre Pflicht tun, als einen Dorn im Auge ansehen und ihre Rechte durch das Betriebsrätegesetz als allzu sehr beschnitten betrachten. Leider ist festzustellen, daß der „unparteiische“ Vorsitzende des Schlichtungsausschusses schon ganz im Fahrwasser der Unternehmer schwimmt. Gab doch der „unparteiische“ Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, als am Schluß der Verhandlung der Arbeitnehmervertreter die Anfrage an den Schlichtungsausschuss richtete, ob diese stattgefundene Sitzung im Sinne des § 35 des Betriebsrätegesetzes für die betreffenden Betriebsräte als notwendig anzusehen sei, um wenigstens für die Zukunft eine Klärung geschaffen zu haben, nach einer erneuten Beratung wiederum eine verneinende Antwort. Ein eigenartiger Standpunkt des Schlichtungsausschusses, dokumentiert er doch damit, daß die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses keine Notwendigkeit ist und er als Vorsitzender Sitzungsarbeit leistet.

Wir ersehen an diesem salomonischen Urteil, daß es dringend notwendig ist, den Ausbau des § 35 des Betriebsrätegesetzes sobald als möglich vorzunehmen und die Organisation als solche einen gewissen Druck auszuüben hat zwecks Wahrung des Betriebsratsgesetzes, damit eine Instanz geschaffen wird, welche den verschiedenen Ansichten und Urteilen der bisherigen Schlichtungsausschüsse einen Damm entgegensetzt zur Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. An den Betriebsräten liegt es, vorwärts zu drängen und über die Paragraphen des Gesetzes hinaus sich Rechte zu sichern.

Produktionskontrolle?

Mit diesem Wort wird in letzter Zeit grober Unfug getrieben. Mit diesem Wort wird ähnlich verfahren wie mit der Parole: „Wählt politische Arbeiterräte!“ Wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

Wilh. Weiting zum 50. Todestage

Schon ein Jahrzehnt vor Marx und Engels wirkte der Schneidergeselle Wilhelm Weiting für den Sozialismus und rief die Proletarier aller Länder zur Tat auf. Er wurde am 5. Oktober 1868 als unehelicher Sohn einer armen Proletarierin in Magdeburg geboren. Sein Vater war der französische Offizier Cerison. Wilh. Weiting wirkte außerdem in Österreich, in Frankreich, in der Schweiz und in Amerika. Seine jedem Arbeiter zu empfehlenden Hauptschriften sind: „Die Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte“, „Das Evangelium eines armen Sünders“ und „Garantien der Harmonie und Freiheit“. Er starb am 25. Januar 1917 in Mexiko.

Verzage nicht!

Des trüben, grau bedeckten Tages Licht ist nun entschwinden, dunkel wird die Zelle. So schwindet Tag auf Tag, wie Well' auf Welle im Meer der Zeit, und endlos beandend bricht hier ein Geschlecht dem anderen die Bahn. Schon treibt der Wogenstoß uns stark voran; das letzte Ufer deutlich vor uns liegt; von hier aus sieht sich's minder fürchterlich an. Ein Lustzug, und die Brandung ist getan. Drum Herz, mein Klopferd Herz, verzage nicht!

Ein Traum, ein Wahn ist dieses kurze Sein, ein Wogenpiel oft was wir denken, schaffen; ein Wellenschäum, den wir zusammenraffen, hält unsres Lebens ganzes Wirken ein. Jetzt stürzen wir noch stolz und lähn daher, im Augenblick darauf sind wir nicht mehr. Horch! Heulend dort sich Wog' auf Woge bricht, wo meines Glaubens dunkler Leuchtturm steht, und meiner Hoffnung letztes Banner weht. Hier Mut gefaßt, mein Herz, verzage nicht!

Produktionskontrolle soll doch wohl heißen, daß wir nicht nur die Produktion innerhalb eines Betriebes erfassen, sondern einer ganzen Industrie und darüber hinaus das ganze deutsche Wirtschaftsleben. Das bedeutet die Errichtung eines großen statistischen Amtes, wo Hunderte von Beamten tagaus, tagan die Berichte registrieren und zusammenfassen. Der besten Begriff von einer solchen Sache bekommt man, wenn man ein statistisches Jahrbuch zur Hand nimmt. Die Ein- und Ausfuhr der Rohprodukte, die Ein- und Ausfuhr der Fertigprodukte, der Wert aller Dinge, der Verbrauch des Inlandes usw. Über Industrie, Handel und Landwirtschaft muß diese Kontrolle ausgeübt werden.

Wer bewältigt diese Riesearbeit? Wo fangen wir an? Man darf stets von unten nach oben. Erst muß jeder Betriebsrat in seinem Betriebe durchzuführen, dann erst kann die Erfassung sich über Bezirk und Reich ausdehnen. Ich richte an alle Betriebsräte die Frage: Was ist in den einzelnen Betrieben geschehen, um dem Ziel der Produktionskontrolle näher zu kommen? Wer ehrlich sein will, muß sagen, sehr wenig. Aber auch unsere Zentralstellen dürfen sich die Frage vorlegen: Haben wir alles getan, um den Betriebsräten die notwendigen Fingerzeige zu geben? Es muß den Betriebsräten deutlich gesagt werden, was man von ihnen verlangt.

Zum Beispiel Stahlwert (Martinsdorf). Mit wieviel Ofen wird gearbeitet? Wie hoch ist die Monatsproduktion? Wieviel Arbeiter sind im Stahlwert beschäftigt? So oder so. Wieviel Ofen sind vorhanden? Wieviel sind im Betrieb? Wie hoch ist die Produktion? Wie hoch kann die Produktion gesteigert werden? In dieser oder in noch prägnanter Form müssen die Betriebsräte angehalten werden, die Produktion zu überwachen.

Die Betriebsräte müssen außerdem das Resultat ihrer Arbeit zusammenstellen, damit sie jederzeit in der Lage sind, Anfragen seitens der Organisation zu beantworten. Aus dieser praktischen Arbeit der Betriebsräte wird der Reifegrad und die Fähigkeit zu größeren Aufgaben ersichtlich sein. Dann erst wird die Aufstellung der Metallindustrie in 7 Haupt- und 22 Untergruppen ihren Zweck erfüllen. Der Zweck dieser Untergruppen ist die Produktionskontrolle. Ich muß aber erst den Betrieb haben, dann folgen Industriezweig, Industrie und Volkswirtschaft.

Wir müssen den Anfang machen. Wir müssen aus der Theorie heraus. Wir sind mit Theorie so überfrachtet, daß uns die Kraft zur Praxis fehlt. Vielleicht trägt diese kleine Abhandlung dazu bei, daß wir der Lösung des Problems, der Produktionskontrolle, näher kommen.

Arbeitslosenversicherung in Großbritannien

Die staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit umfaßt bisher auf Grund der Gesetze von 1911 und 1916 nur eine Minderzahl aller gewerblichen Arbeiter, und zwar Mitte Juli 1920 4 179 018 Personen. Gemäß dem neuen Gesetz über die Arbeitslosenversicherung vom 9. August 1920, das am 8. November in Kraft trat, sind nun alle gewerblichen Lohnarbeiter und alle Angestellten mit höchstens 250 Pfund Sterling Jahreseinkommen versicherungspflichtig. Eine eben erlassene Durchführungsverordnung nimmt jene Personen von der Versicherungspflicht aus, die eine Rente oder ein sonstiges von Arbeitsleistung unabhängiges Einkommen im Betrage von mindestens 26 Pfund Sterling beziehen; ferner Personen, die nur nebenbei ein Arbeitseinkommen beziehen, in der Hauptsache aber anderes Einkommen haben oder von anderen Personen erhalten werden. Jede versicherte Person erhält ein Arbeitslosenbuch, in welches für jede Beschäftigungswoche ein Beitragssumme zu fließen ist. Die Beitragssumme beträgt für mindestens 18jährige männliche Personen acht Pence (Vorkriegskurs 67 Pf., am 10. Dezember 1920 etwa 8 Mk.), für jüngere männliche Personen 4 Pence, für weibliche Personen im Alter von 18 Jahren oder darüber 6 1/2 Pence, für jüngere Mädchen 3 1/2 Pence. Von dem Beitrag männlicher Personen zahlen Unternehmer und Arbeiter je die Hälfte; von den Beiträgen weiblicher Personen trifft auf die Versicherten nicht ganz die Hälfte, auf die Unternehmer entsprechend mehr. Um zu verhindern, daß Personen beschäftigt werden, die zur Arbeitslosenversicherung nicht angemeldet sind, werden Aufsichtspersonen ernannt, die die Arbeitsstätten jederzeit betreten können und dort die nötigen Feststellungen zu machen haben.

Aus Staatsmitteln erhalten erwachsene männliche Personen einen Zuschuß von 2 Pence und erwachsene weibliche Personen einen Zuschuß von 2 1/2 Pence zu jedem Wochenbeitrag. Zu den Beiträgen weniger als 18jähriger Versicherter werden Staatszuschüsse in einem der Beitragshöhe entsprechenden Ausmaße gewährt.

Das Ausmaß der Arbeitslosenunterstützung beträgt für mindestens 18jährige männliche Personen wöchentlich 16 Schilling (nach dem Kurs vom 10. Dezember circa 180 Mk.), für mindestens 18jährige weibliche Personen 12 Schilling, jüngere Versicherte erhalten die Hälfte. Die Unterstützungsdauer darf über 15 Wochen im Jahre nicht hinausgehen. Die Versicherten haben den Behörden ihre Unterstützungsberechtigung nachzuweisen. Wenn zwischen zwei Arbeitslosenperioden ein Versicherter an nicht mehr als zwei Tagen Arbeit hatte, so werden diese Tage der Zeit der Arbeitslosigkeit zugerechnet. Die Unterstützungsberechtigung wird nicht beeinträchtigt bei Verweigerung von Streitarbeit oder von Arbeit für geringeren als den orts- und berufsbüblichen Lohn, ebenso nicht durch Verweigerung der Arbeitsannahme auswärts, wenn damit eine geringere als die ortsübliche Entlohnung verbunden wäre. Die Unterstützung bezugenden Arbeitslosen sind zu täglicher Anmeldung beim Arbeitsnachweis verpflichtet.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die sich aus dem Versicherungsverhältnis ergeben, sind Schiedsgerichte berufen, deren Mitglieder der Minister der Arbeit aus Vorschlagslisten der Arbeiter und Unternehmer auswählt. Solche Schiedsgerichte bestanden bereits auf Grund des Gesetzes von 1911 und sie fassen vorläufig in unnderter Zusammensetzung ihre Tätigkeit weiter aus.

Wildschämend brausen nach vollbrachtem Lauf, mit sichtbarlichem bangen Widerstreben, die vielen jungen hoffnungsvollen Leben zum letzten hellen Ufer brandend auf. Doch Zeit und Leben schickten nach wie vor den Wogenshall der Brandung uns ins Ohr. Die Welle, die der Sturm am Ufer bricht, schwillt schäumend eine andre Welle an, und jede endet brandend ihre Bahn. Drum tröste dich, mein Herz, verzage nicht!

Verzage nicht! Müßt du dem Ufer nah'n, und was du haßt mit in die Brandung führen: Mehr als das Leben kannst du nicht verlieren, und alles Leben ist ein kurzer Wahn. Da wogt ja auf mit schäumbekehrter Flut, gefärbt in deines Gelbes Morgenglut, gemildert durch der Wahrheit reines Licht, im tiefbewegten Hafen läufst du ein, kann deine Brandung wohl noch schöner sein? Drum aufgezocht, mein Herz, verzage nicht!

Verzage nicht! Liegt auch das Jenseits noch geheimnisvoll und dunkel dir verhallt, wenn nur dein Schicksal dich mit Trost erfüllt; was brauchst du mehr mein Herz, dies bleibst du doch. Das Leben ist ein Traum in ew'ger Nacht, ein Schattenpiel, im ew'gen Licht gemacht. Aus Nacht hervor der junge Morgen bricht, aus Dunkelheit das helle Morgenrot. Gewöhne dich an Kerfennacht und Tod, dann Herz, mein Herz, verzage nicht du bruchend nicht. 20. Dezember 1920 Wilhelm Weiting.

Arbeiterchaft und Werkfchulen

Eine der erftenklichsten Begleiterscheinungen der politischen und wirtschaftlichen Umformungen der letzten Jahre ist die wachsende Teilnahme der Arbeiterchaft an Erziehungsfragen. Leider haben sich die hochgepannten Erwartungen auf grundlegende Änderungen der bestehenden Verhältnisse auf dem Gebiete der Schulwesen zum allergeringsten Teil erfüllt. Es gibt deshalb heute, ohne Selbstverständlichkeit die großen Erziehungsziele aus den Augen zu verlieren, das Bemühen, die unteren sozialistischen Erziehungsbestimmungen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse und gesellschaftlichen Bestimmungen zu verwirklichen. Da berührt es nun eigentlich, daß gerade der Schule, die rund 90 Prozent unserer erwerbstätigen Jugend erfährt, die ganz proletarische Schule ist, verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Nur selten spricht man in Kreisen der Arbeiterchaft, der Gewerkschaften usw. von Reformierung der gewerblichen Fortbildungsschulen, der Handwerker-, Industrie- und Gewerkschulen. Und doch ist hier die Möglichkeit gegeben, wenigstens einige grundlegende Forderungen unserer Erziehungsprogramme in die Tat umzusetzen. Zwei dieser Forderungen sollen es sein: die Arbeiterchaft für ihre ureigenste Schule härter zu interessieren. Haben doch andere Interessentengruppen, die Unternehmer, die Wichtigkeit dieser Frage erkannt und suchen sie auf ihre Weise zu lösen. Während der größte Teil der gewerblichen Fortbildungsschulen von den Gemeinden eingerichtet, unterhalten und verwaltert wird, war schon vor dem Kriege ein kleinerer Teil unter dem Namen „Werkfchulen“ in ungetriebenen Betrieben angegliedert. Der Lehrling sowie der ans und ungelernete Arbeiter empfangt seine praktische und theoretische Ausbildung im Werk, zum Teil in besonderen Lehrwerkstätten. In der letzten Zeit mehren sich die Werke, die derartige Werkfchulen einrichten, und die zuständige Aufsichtsbehörde, das Handelsministerium, unterstützt diese Bestrebungen. Das Unternehmertum, das dürfte wohl klar sein, muß sich von diesen Einrichtungen, die zum Teil bedeutende Summen kosten, Vorteile irgend welcher Art versprechen und es gilt also, die Dinge einmal mit kritischen Augen zu betrachten. Ohne weiteres ist anzugehen, daß der Gedanke einer Verbindung von Werkstätte und Schule sich stark der sozialistischen Forderung nähert, Erziehung und Produktion miteinander zu verbinden. Karl Marx sagt im „Kapital“:

„Aus dem Fabrikssystem entspringt der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht mehr als eine Methode zur Steigerung der Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollständig entwickelter Menschen.“

Und alle Schulpolitiker der sozialistischen Parteien sind sich einig in der Forderung nach Erziehung: „In der Arbeitseigenenschaft, durch die Arbeit, für die Arbeit.“ Alle Erkenntnis, alle Bildung soll aus und in gemeinsamer Arbeit entstehen, und zwar aus gesellschaftlich notwendiger, produktiver Arbeit. Darin unterscheidet sich die sozialistische Erziehung der Zukunft von den Schulen der bürgerlichen Reformator, daß sie die Arbeit als Unterrichtsprinzip für jeden Unterricht will, während jene die Arbeit nur als Unterrichtsobjekt anstreben. Am treffendsten faßt dies wohl Dr. Kerkow-Söwenstein zusammen, dessen Erziehungsgebanten besamtlich der bürgerlichen Gesellschaft so auf die Herzen gegangen sind, daß der Oberpräsident der Wahl Kreises zum Stadtschulrat von Groß-Berlin die Bestätigung verweigert hat. Söwenstein sagt: „Die Arbeit ist zu gleicher Zeit Bildung; arbeiten und sich bilden ist eins geworden.“ Von dieser Seite gesehen erscheinen also die Werkfchulen als eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Verwirklichung des sozialistischen Erziehungsziels. Und in der sozialistischen Gesellschaft würden sie die Grundlagen der Erziehungsrichtungen, von Schulen im alten Sinne kann man dort nicht reden, werden können. In der sozialistischen Gesellschaft — um diesen Punkt drehen sich auch die Bedenken gegen die Einrichtung von Werkfchulen. Noch haben wir die bürgerliche Gesellschaft und noch scheint die kapitalistische Wirtschaftsform schwer zu stehen als je. Wir wissen, daß auch die Erziehung jeder Zeit der Ausdruck der herrschenden Produktionsform ist, und so drückt auch die kapitalistische Wirtschaftsform der heutigen Schule ihren Stempel auf. Sie erzieht keine allseitig ausgebildeten Menschen, sondern schafft dem Kapital willige und geschickte Anbauungsobjekte. Der Einzelunternehmer sucht nun noch durch Einrichtung von Werkfchulen dieses Ziel zu fördern. Es liegt klar auf der Hand, daß eine von einseitigen Interessen eingerichtete Schule Gefahren für die ihr anvertraute Jugend birgt, und deshalb darf die Arbeiterchaft nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Sicherungen, die später noch besprochen werden sollen, der Einrichtung von Werkfchulen zustimmen. Sehen wir ab von einer Reihe sozialistischer Gründe, die gegen Werkfchulen sprechen, so sind doch zwei Befürchtungen unter allen Umständen berechtigt:

1. die zu stark betonte und einseitige technische Ausbildung,
2. die einseitige Beeinflussung in staatsbürgerlicher und politischer Hinsicht.

Das Werk wird natürlich den Hauptwert darauf legen, möglichst geschickte Arbeiter sich heranzubilden und aus diesem Grunde der fachlichen Ausbildung alles andere unterzordnen. Es betrachtet diese Ausbildung als Selbstzweck, nicht als Mittel zum Zweck einer all-

seitigen Ausbildung zum Menschen. Berücksichtigt man nun, daß die Spezialisierung in der Industrie immer weitere Fortschritte macht, so ergibt sich weiter ein einseitiger Drill für die Spezialzwecke des betreffenden Wertes. Abgesehen von den Schäden, die die Ausbildung des Jugendlichen und dadurch die Allgemeinheit erleidet, wird sein Fortkommen erschwert. Er bleibt an das Werk gefesselt oder es ist ihm nur unter Opfern möglich, anderweitig lohnende Arbeit zu finden. Sein Gesichtsfeld wird verengt, er wird zur Maschine, die ohne eigenes Denken ihre Tätigkeit im Produktionsprozeß ausübt. Nicht in Anbetracht gebracht ist bisher noch die große Gefahr, die der ganzen Ausbildung bei guter Konjunktur droht. Dann dürften ohne weiteres die Profitinteressen des Unternehmers gegenüber den Interessen des Jugendlichen und der Gesellschaft in den Vordergrund geschoben und die Erziehung vernachlässigt werden.

Noch größer ist die Gefahr der einseitigen Beeinflussung in Hinblick auf Weltanschauung, politische Fragen, soziale Gedankenführung usw. hervorgerufen durch die Auswahl der Lehrkräfte. Der Unternehmer wird nur solche Lehrer den Unterricht erteilen lassen, die ihm politisch einwandfrei oder noch besser politisch ohne eigene Meinung erscheinen. Able Gefinnungsgeschicklichkeit auf der einen Seite, Mächtigkeits- und Charakterlosigkeit auf der andern sind die natürlichen Folgen. Weiter wird der Jugendliche durch die Erziehung in Gedankenkreise gedrängt, die den Interessen seiner Klasse schroff gegenüberliegen. Wenn man auch als Marxist der Überzeugung ist, daß schließlich doch die wirtschaftliche Lage den heranwachsenden Arbeiter in die Reihen der Klassenbewußten Genossen zurückzuführen wird, so können ihm doch manche Kämpfe, manche Irrtümer erspart werden. Diese Gedankengänge brauchen nur angebeutet zu werden, um ihre Wichtigkeit zu erwirken.

Welche Mittel sind nun vorhanden, diesen Gefahren in den bereits bestehenden oder noch zu gründenden Werkfchulen zu begegnen? Auf der Hand liegt es, daß das Aufsichtsrecht des Staates, welches in der Genehmigung der Lehrpläne, gelegentlich der Revision der Schulen besteht, nicht genügt. Denn der Lehrplan wird erst durch den Lehrenden in die Tat umgesetzt, und wie die Tat aussieht, dürfte aus den kurzen Sätzen über die Lehrerauswahl klar sein. Auch die Revisionen, vielleicht einmal im Jahre, dürften selbst dann nicht viel ändern, wenn der Revisor sozialistische Gedanken zugänglich wäre. Und es müssen also andere Sicherungen geschaffen werden gegen den Mißbrauch der Schulgewalt durch die Werke. Und da erscheint am zweckmäßigsten die Angliederung der Werkfchulen an die städtischen gewerblichen Fortbildungsschulen. Hier stehen sie unter der steten Aufsicht der städtischen Schulinspektoren, die ihrerseits wieder durch die Schulordnungen und letzten Endes durch die Stadtverordnetenversammlung beeinflußt werden können. Hier ist den Arbeitervertretern die Möglichkeit gegeben, ein gewichtiges Wortchen mitzureden, sei es bei der Anstellung von Leitern und Lehrern, sei es bei der Bewilligung von Mitteln für Schulzwecke. Selbstverständlich können auch Sonderwünsche der Werke berücksichtigt werden, sofern nicht die Erziehung und Ausbildung der Jugendlichen eine Einbuße erleidet, aber der Einfluß der Werke auf die Schule muß auf das geringste Maß beschränkt werden. Die Vorteile, die denselben entstehen durch die Werkfchulen, indem den Jugendlichen lange Wege erspart bleiben, sie regelmäßig am Unterricht teilnehmen, Spezialwünsche im Lehrplan berücksichtigt werden usw., sind so groß, daß sie dafür Räume, Sammlungen usw. zur Verfügung stellen können. Ebenfalls kommt doch eine gute Ausbildung der Arbeiter direkt auch dem Werke zu gute. Sind die genannten Sicherungen in der Hauptsache für neu einzurichtende Werkfchulen gedacht, so müssen in den schon bestehenden die Betriebsräte Einfluß auf dieselben zu gewinnen versuchen. Es dürfte wohl in den seltensten Fällen gelingen, die Schulen nach nachträglich den städtischen Schulen anzugliedern. Und die Betriebsräte hätten im geschilberten Sinne die Kontrolle auch der Schulen zu übernehmen.

Faßt man zusammen, so ergeben sich folgende Punkte:

1. Die Werkfchulen sind eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Erziehungsziele, da sie Produktion und Erziehung miteinander verbinden.
 2. Sie sind eine Gefahr, solange sie unter dem Einflusse der Unternehmer stehen, da sie die technische Ausbildung zu stark betonen bzw. einseitig gestalten und weil sie einseitig politisch beeinflussen.
 3. Die Aufsicht durch staatliche Instanzen genügt nicht, da die Revisionen nicht häufig genug erfolgen und dieselben selten im sozialistischen Sinne ausgeübt werden.
 4. Die Werkfchulen sind deshalb an die städtischen gewerblichen Fortbildungsschulen anzugliedern und unter den Einfluß der Kommunalverwaltung ihrer Werke.
 5. Eine wichtige Aufgabe erwächst den Betriebsräten in der Überwachung der Werkfchulen ihrer Werke.
- Die vorstehenden Ausführungen sind selbstverständlich nicht erschöpfend, können es nicht sein; tragen sie zu einer Klärung der wichtigsten Angelegenheiten der Werkfchulen bei oder führen sie Arbeiter zur Beschäftigung mit den Gesamtfragen des gewerblichen Schulwesens, so ist ihr Zweck erreicht.

beiter mehr Lohn fordern. Unsere gesamte Industrie leidet darunter, wir sind nicht mehr exportfähig, weil ihr Rohstoffe von heute immer höhere Preise verlangt.

Eure Tränen sind voller Papierscheine, denn ihr wollt auch noch den Staat um die Steuern pressen. Ihr raucht die Zigaretten, trinkt Wein und Cognac, eßt weißes Brot, Butter und Schinken wie im Frieden. Ihr eßt gar in der Erziehung keinen Krieg. Ich weiß Bescheid, ich kenne euch genau, ich bin vom Lande. Ihr geht nur unwilling des Nötigsten ab. Ihr geht auch unwilling euren eigenen Verwandten von einem Überfluß ab. Ihr habt den Scheißhändler nicht vom Hof gewiesen, weil aber oft genug die arme Frau, die nicht die verlangten Butterpreise zahlen konnte. Keine Einzelfälle, wie ihr behauptet, nein, ihr alle seid ihr ja. Ein jeder von uns Armen kann ein Beispiel bringen.

Ihr und immer wird es in unserem Lande besser, ehe nicht eine parte Regierung euch zwingt, daß ihr wieder in euren Alimantischen einen Feind und einen feineren Kameraden und Wohlthäter erkennt. Aber alle bisherigen Regierungen, und wir am 11. November 1918, haben euch zu unendlich beherrscht. Die Regierungen hatten Angst, daß ihr die Hälfte unseres Landes nicht bebauen würdet. Das ist der größte Fehler und Irrtum aller Regierungen gewesen. Denn im Stillstand ist ihr Land nicht so paat und unerschöpflich, wie ihr meint. Auch euer Land ist nicht so unendlich, wie ihr meint. Ein tüchtiges Bauernvolk hat euch früher in ein Reich ohne Ende verwandelt. Ein paar Regierungen würden euch heute das „Recht anerkennen“ schon erziehen. Und wenn ihr glaubt, daß es ohne euch keinen gibt, der euer Land bebauen kann, dann irrt ihr euch. Seht euch die Scheißregierungen, die Landbesitzer der Großgrundbesitzer an. Die Besitzer, meistens ehemalige Pralente, haben von einem Viertelmeier mehr Ertragsfläche, wie ihr von einem halben Morgen. Landbesitzer und alte Landbesitzer haben die Großgrundbesitzer abgehängt. Es gibt nur ein Mittel: Gewerkschaft mit den Lebensmitteln und familiären Bedürfnissen, wenn nicht gütwillig, dann mit Gewalt, denn mit guten Worten und Bienenwaxen ist nichts zu machen.

Wir sind Kollegen vom Metallarbeiter-Verband müßte ich raten, man solle sich nicht mit dem Streit untereinander. Den Kampf auf euren Seiten müßte ihr doch sein. Ihr müßt euch die Hände nicht an Landbesitzer und Regierer ziehen, denn in aller Ruhe das Ziel eurer Arbeit ist nicht haltbar. Ihr müßt euch nicht mit den Pralenten ein paar Scheine mehr zu erlangen. Das hat keinen Wert und ist nicht euer Ziel. Ihr müßt euch zusammen, verlangt aber nicht, wie ein Mann die Herrschaft über die Arbeiter. Für diese Forderungen sind die Regierungen aller rechtlich denkenden Menschen. Mit diesem Gedankengang müßt ihr für uns besser Lebensbedingungen und freudiger Kampf für den Sozialismus.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der letzten Woche des Monats Januar sind durch den Metallarbeiter-Verband in 659 Orten 25470 Betriebe der Eisen- und Metallindustrie mit 1891610 Arbeitern beobachtet worden. Wie sich die Arbeitslage in diesen Betrieben gestaltet, ist folgender Aufstellung zu entnehmen, die behufs Vergleichung auch die Zahlen aus der Vorwoche enthält.

	Vorwoche		Borwoche	
	Betriebe absolut	Arbeiter absolut	Betriebe absolut	Arbeiter absolut
Vollbeschäftigt	23815	1755272	23495	1729077
Stillgelegt	807	5886	278	5938
Kurzarbeit	1348	190452	1509	198068

Im Vergleich mit der Vorwoche ergibt sich eine geringe Steigerung der Vollbeschäftigten und eine Abnahme der Kurzarbeiter. Die wesentlichen Veränderungen innerhalb der Bezirke im Verlauf der Woche sind aus folgenden Zahlen beim Vergleich mit den in der Vorwoche veröffentlichten ersichtlich.

Bezirk	Betriebe	Arbeiter	Vollbeschäftigt		Stillgelegt		Kurzarbeit		
			Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	
Königsberg	26	280	16046	241	15216	—	19	829	
Stettin	53	669	98888	638	98423	12	804	24	1156
Breslau	48	1028	187780	999	131601	5	346	24	2798
Brandenburg	44	60	42262	589	40534	7	185	44	8593
Dresden	49	1946	179484	1155	157791	13	497	230	21198
Erfurt	49	887	50058	810	52564	10	286	87	6189
Hannover	42	589	60579	584	57092	5	104	20	8388
Jalle	41	882	90138	807	86211	—	—	25	8927
Hamburg	54	1801	148704	4783	148023	3	110	15	571
Vielefeld	12	270	82841	284	82556	—	—	6	285
Essen	15	868	808385	858	808646	2	88	8	1628
Hagen	22	882	154005	529	132439	16	536	847	20566
Söln	12	584	117294	522	110614	1	60	61	8580
Frankfurt/M.	62	1310	178498	1195	170269	83	538	82	7691
Stuttgart	64	2192	212820	1915	181558	9	812	268	30450
Nürnberg	64	3006	121873	8206	100281	191	1582	108	19810
Zus.	659	25470	1891610	23815	1755272	807	5886	1348	198068
Vorwoche	655	25277	1868096	23495	1729077	278	5938	1509	198068

Eine Zunahme der Kurzarbeiter trat ein in den Bezirken Erfurt und Hamburg; eine Vermehrung der stillgelegten Betriebe ist für die Bezirke Stettin und Nürnberg zu verzeichnen; eine Abnahme der Kurzarbeiter ist in den Bezirken Brandenburg, Dresden, Halle, Hagen, Vielefeld und Nürnberg eingetreten. Die Veränderungen sind in allen Bezirken unerheblich mit Ausnahme der Bezirke Hagen, Köln, Frankfurt und Stuttgart. Für den Bezirk Hagen ist ein wesentlicher Rückgang der Kurzarbeiter zu verzeichnen; in den Bezirken Köln, Frankfurt und Stuttgart brachte der Eintritt bedeutender Verwaltungs- und Berichterstattungsbeachtenswerte Veränderungen. Zum erstenmal berichteten Uim, Böttlingen und Wünnen-Clabbach über die Ursachen der Geschäftsdpression verbreiteten sich nur 68 Vermehrungsorte. Dieser Teil der Berichterstattung ist immer noch unvollständig und mangelhaft. In den meisten Fällen wird als Ursache der Stilllegung der Betriebe oder der Kurzarbeit Auftragsmangel angegeben; in einem Teil der Berichte wird wieder auf den bestehenden Mangel an Material hingewiesen.

Das Ergebnis der Berichtwoche über die Dauer der Kurzarbeit ist in folgenden Zahlen enthalten. Es arbeiteten:

Stunden	in der Berichtwoche		in der Vorwoche	
	Betriebe absolut	Arbeiter absolut	Betriebe absolut	Arbeiter absolut
42 bis 45	155	18718	148	12764
36 - 41	499	54923	608	52923
32 - 35	278	25523	325	29162
24 - 31	363	80940	372	85060
unter 24	53	2848	61	2783

Die Zahl der in der Berichtwoche beobachteten Verbandsmitglieder betrug 1022968. Davon waren 43478 arbeitslos, 83781 Kurzarbeiter. Auf je 100 Mitglieder entfielen 2,85 Arbeitslose und 8,48 Kurzarbeiter gegen 2,65 und 8,90 in der Vorwoche. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder trat ein in den Bezirken Dresden, Essen, Köln, Stuttgart und Nürnberg sowie in Berlin, das für die Erhöhung ausschlaggebend ist. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Berlin von 14200 auf 17100; gleichzeitig trat ein Rückgang in der Mitgliederzahl ein, der die Verhältniszahl beeinflusste. Von den erfassten Mitgliedern erhielten 23940 Reichsarbeitslosenunterstützung. Die Summe der vom Verband an die bezugsberechtigten Mitglieder bezahlten Arbeitslosenunterstützung belief sich auf 368857 RM. (Vorwoche 307832 RM.).

Pensionsversicherung in Privatbetrieben

In der deutschen Republik ist schon vieles geschaffen worden, aber etwas wirklich Aufbringendes für die deutsche Arbeiterchaft noch nicht. Ich habe immer darauf gewartet, wann einmal die Pensionsversicherung für sämtliche Arbeiter und Angestellten im Reichstage zur Sprache kommen würde, habe aber bis heute noch nichts davon bemerkt. Wenn man als Arbeiter in die Zukunft des Alters schaut, so muß es eben mit Grauen erfüllen, einmal alt zu werden. Ist ein Arbeiter alt und grau geworden, so sieht ihn der Unternehmer lieber heute wie morgen gehen. Ganz anders ist es bei den Staatsarbeitern. Wenn die alt geworden sind, treten sie in den Genuss der Pension. Meine Ansicht ist die, was den Staatsarbeitern recht ist, kann uns Arbeitern der Privatbetriebe nur billig sein. Es würde ein großer Teil der Arbeiter gegen den Unternehmer beiseite geworfen werden. Genau wie die Kranken- und Invalidenversicherung zum Gesetz erhoben worden ist, kann es mit der Pensionsversicherung für Arbeiter der Privatbetriebe auch gemacht werden. Es können die Leistungen derselben zum Teil benutzt oder ausgebaut werden. Die Beiträge werden von der Arbeiterchaft der Privatindustrie genau so gerne geleistet wie in den Staatsbetrieben. Ich kann es nicht verstehen, daß unsere Vertreter eine so wichtige Sache nicht schon öffentlich zur Sprache gebracht haben. Unsere Organisationen müssen den Antrag bei der Regierung einbringen, und wenn es sein muß, der Regierung einmal eine kräftige Anregung geben, einen Gesetzesentwurf in dieser Beziehung einzubringen. Es gibt Hunderte von Betrieben, die einen Arbeiterfonds haben, von dem die Arbeiter aber größtenteils wenig wissen. Diese Fonds müssen beschlagnahmt werden und ein schöner Grundstock müßte hiermit schon geschaffen. Es müßte natürlich so ausgebaut werden, daß es auch etwas Soziales und Aufbringendes für die Arbeiterchaft darstellt. Der Dank der gesamten deutschen Arbeiterchaft wäre der Regierung sicher.

Anmerkung der Schriftleitung: Die Anregung des Kollegen Römer ist an sich ganz gut. Wir möchten bei dieser Gelegenheit einmal auf die Abschlüsse der Alltagsgesellschaften im letzten halben Jahre hinweisen. Der Dividendenfuss und sonstige Gewinnmöglichkeiten waren so reichlich, daß fast jede Gesellschaft, um die Profitsucht mit einem kleinen sozialen Pfälterchen zu überleben, einen namhaften Beitrag für Arbeiterwohlthätigkeit auswarf. Die obige Anregung, diese Fonds zu beschlagnahmen, ist an sich zu begrüßen. Vielleicht könnten die zahlreichen Millionenfonds zu einem System vereinigt werden, indem die Unternehmer grundsätzlich verpflichtet werden, alljährlich beim Abschluß eine gewisse Summe in die allgemeine Pensionskasse zu zahlen. Jedenfalls kann die Sache im Auge behalten werden.

Der Landwirt und die anderen

Folgendes launige Schreiben ging uns zu mit der Bitte um Veröffentlichung. Die letzten Worte des Kollegen Gottschall sind beachtlich. Am Anfang steht Gott Himmel und Erde und eine Viertelstunde später die Landwirtschaft mit dem Landwirt. Das Geschick war aber kein Ausnahmefall, wie man es eigentlich von einem allmächtigen Gotte erwarten müßte. Namentlich der Landwirt war sehr unbehilflich ausgefallen. Er wollte sich auch gar nicht zu helfen, wie er doch eigentlich gut gerade Land bebauen sollte, um seine Nahrungs von Mutter Erde reichlich zu erlangen. Mit den primitiven Mitteln, Holzspaten und Steinen, grub er mühsam die harte Erdoberfläche um. Ganz und gut, er war mühselig und beladen. Aber die Zeit macht erfindertisch. Und so kamen intelligente Landwirte (denn früher gab es keine anderen Menschen) auf allerhand gute Gedanken, wie man mit besseren Hilfsmitteln seine Nahrungs leichter und schneller erlangen kann. Als ihr Handwerk, Freude und Belohnung diese neuen Erfindungen sahen, boten sie nun Aufopferung von solchen Werkzeugen und gaben dafür willig und gern von ihren Nahrungsmitteln ab. So entstanden die Handwerker. Mittels der guten Werkzeuge erzielten ja nun auch die anderen Landwirte mehr, als sie selbst erzeugen konnten, und außerdem konnten sie weniger Zeit und konnten sich auf dem Ackerfeld länger aufhalten. Dieses Gute erkannten sie auch an und ihre intelligenten Brüder wurden geehrt im ganzen Lande. Aber auch noch andere seltene Sachen, wie Pflanz, Eger, Dorsch, Schinken, erfinden die Intelligenzen unter ihnen. Waren die intelligenten Handwerker nicht geehrt, haben die anderen Herren noch heute in ihren Höfen und Häusern keine Hühner und keine Gänse, keine Kühe, keine Schweine in Berlin und anderswo raucher machen, keine Autos fahren, auch die Damen keine goldene Dinge und kostbare Hüte tragen. Ja, ich weiß ja nicht alles, was sie nicht können, denn ich bin ein Arbeiter. Aber wie so oft im Leben. Man hat in der Welt Lohn.“ Dem wie befindet der heutige Landwirt seine früheren Brüder und Wohlthäter? Janes Geschicksgedankel schneidet man rasch jetzt. Ich bin lieber Gott, hat so ein Landwirt eine Ahnung von der wichtigsten Arbeit eines Schmeichlers am großen Herrscher, eines Speisemeisters bei dem Kaiser, eines Bergmanns, eines Hüters, welche für 30 2 die höchsten Gehälter für die reiche Nation bis spät in die Nacht hinein nach. Ja, eine weise landwirtschaftliche Arbeit von heute ist laut unserer Erfahrungen Spielerei. Ihr habt Lust und Zeit auf euer Land, wir arbeiten 30 Jahre und mehr in dumpfer Verdammnis für euch. Und was habt ihr im Krieg und was zum heutigen Tage mit uns gemacht? Hunger hat ihr uns lassen. Ihr seid an den trauernden Bahnhöfen in Deutschland am meisten schuld. Gerade wie ein Tiger, so seid ihr hinter dem Geld her. Die alte staatsbedenke Regierung hätte euch gleich zu Anfang des Krieges viel zu hohe Preise bezahlt. Das hat eure Hungerknechtschaft gesiegt. Dadurch mußten wir Ar-

Die erste Tagung des Reichsbeirats der Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Am 9. und 10. Februar wurde in Stuttgart die erste Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte mit dem Vorstand und Vertretern der Bezirke abgehalten, um die Grundlagen eines einheitlichen Wirkens der Betriebsräte im gesamten Reich zu schaffen.

Tagungsordnung:

1. Wirtschaftskrise, Arbeitslosenfrage, Produktionskontrolle und Betriebsräte.
2. Bericht von der Sitzung der Reichsbetriebsrätezentrale des D.M.A. und des Afa-Bundes.
3. Die Tätigkeit der Betriebsräte in der Metallindustrie und unserer Organisation.
4. Anträge.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung nimmt das Wort der Kollege Dilmann: Mit den heute zur Beratung stehenden Fragen haben sich sowohl der 1. Reichsbetriebsrätekonferenz wie die beiden letzten Tagungen des erweiterten Beirats eingehend beschäftigt. Ich verweise auf die von mir auf diesen Tagungen am gleichen Gegenstand gehaltenen Referate und knüpfe heute daran. Die Beschlüsse des Reichsbetriebsrätekongresses sind grundlegend auch für die heutige Tagung. Sie deden sich im wesentlichen mit den vom erweiterten Beirat unseres Verbandes festgelegten Richtlinien für die Betriebsräte. Ich weise ferner hin auf die in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse des erweiterten Beirats, betreffend die Aufgaben der Gewerkschaften. Neben mir und nun dem Kern unserer heutigen Aussprache zu. Die Betriebsräte haben zwei Aufgaben zu erfüllen. Erstens das Betriebsrätegesetz in seiner Ausgestaltung im Interesse der Arbeiter zur Anwendung zu bringen, zweitens die weit höhere Aufgabe, die einzelnen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes hinanzugehen, die Mitbestimmung bei der Produktion zu erreichen und so die Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus zu ermöglichen. Die unklaren Bestimmungen des B.R.G. lassen die verschiedensten Auslegungen zu. Jede Partei wird bestrebt sein, ihre Ansicht als die einzig richtige zu bezeichnen und auch praktisch zur Anwendung zu bringen. Die Unternehmer halten sich an den starren Wortlaut des Gesetzes und wollen unter keinen Umständen darüber hinausgehen. Bei einer loyalen Auslegung des § 66 Abs. 1, 2 und 3 des B.R.G. hätte eine wirkliche Mitwirkung der Betriebsräte gegeben sein, bezugnehmend auf § 74. Wir sehen aber, daß selbst bei so schweren Einschränkungen des Betriebes, wie Einschränkung und Stilllegung, die Unternehmer jedwede tatsächliche Mitwirkung ablehnen, da das Gesetz ihnen ja nur vorschreibt, sich mit dem Betriebsrat „ins Benehmen“ zu setzen. Dieses Wort ist ein so verschwommener Begriff, daß logische Folgerungen unmöglich werden. Die Vorlage des Betriebsrätegesetzes ist ein Kompromißprodukt, das für die Arbeiter so gut wie nichts bringt. Die Verhandlungen mit dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller haben auch hier gezeigt, daß die Unternehmer in allen Fragen geschlossen vorgehen, die Arbeiter dagegen nicht einig sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir nun in erster, später Arbeit Verbesserungen erkämpfen können. Nicht in auffälliger Linie befinden wir uns heute, sondern es muß alles daran gesetzt werden, das Erzeugnis festzuhalten. Bei vielen eingeleiteten Kämpfen zeigte sich, daß man den Unternehmern geradezu in die Hände arbeitet. Systematisch wird überall nach Beendigung der Bewegung „geäubert“, versucht, die Betriebsräte und Funktionäre von der Wiedereinstellung auszuschließen. Redner bespricht aus der Fülle der Praxis einige der marantesten Fälle und beleuchtet die Folgerungen, die sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise für die Arbeiter ergeben, wenn sich letztere für wilde Streiks, Putzsch und andere „Aktionen“ gebrauchen lassen, die von bestimmten Seiten immer wieder angezettelt werden, und zwar lediglich für deren engere Parteinteressen. Welche Folgen ein solches Vorgehen zurzeit für die Arbeiter hat, zeigt die Drahtzieher nicht. Diesem schroben Spiel darf ein Betriebsrat keinen Vorzug leisten. In der Arbeitslosenfrage herrscht Einmütigkeit. Wir sind uns auch einig, daß wir den Kampf um den Sozialismus führen müssen, aber es ist ein Trugschluß, ohne Prüfung der Verhältnisse aus dem Streik die Aktionen führen zu wollen. Im Augenblick ist notwendig, daß die Betriebsräte nicht warten, bis der Unternehmer zu Betriebsbeschränkungen oder gar Stilllegungen greift, sondern der Betriebsrat muß sich laufend über die Geschäftslage orientieren, selbst zweckdienliche Vorschläge machen usw. Geht es nicht anders, dann lieber eine verkürzte Arbeitszeit für alle gemeinsam einführen, als daß die Hälfte der Kollegen arbeitslos wird. Kürzlich wurde mir gegenüber von einem Betriebsrat die Ansicht vertreten, Entlassungen der Zustimmung zu geben und die dann im Betrieb Verbleibenden voll arbeiten zu lassen. Er begründete das damit, wir hätten keine Ursache, dem Staat durch Befall der Arbeitslosenunterstützung Ersparnisse zu machen. So darf nicht verfahren werden. Die Kollegen sind so lange als irgend möglich im Arbeitsprozeß zu halten, um sie nicht dem Arbeitsloseneindringnis preiszugeben, und zwar sowohl aus materiellen wie aus einer Reihe anderer Gründe. Die Krise ist international geworden. Durch die Pariser Beschlüsse wird sie bei uns noch gesteigert. Lehnen wir die Forderungen der Pariser Konferenz als wirtschaftlich unmöglich ab, so haben wir doch den Abstand zu wahren gegenüber dem nationalistischen Geschrei aller derjenigen, die den Krieg mit allen seinen furchtbaren Folgen angezettelt haben resp. die Kriegsverbrecher der ganzen Jahre hindurch unterstützten. Wir haben Forderungen in der Arbeitslosenfrage ausgearbeitet und Regierung und Reichstag unterbreitet; so neben der Erhöhung der Unterstützung die Aufhebung der vierwöchentlichen Karenzzeit für die infolge Streiks arbeitslos Gewordenen usw. Den Hauptwert müssen wir auf die produktive Erwerbslosenfürsorge legen, d. h. Beschäftigung für die Arbeitslosen. Von Behörden und Stadtverwaltungen wird darin noch sehr schwach und kurzfristig gearbeitet. Hier Wandel zu schaffen, muß in stärkerer Maße Aufgabe der Arbeitervertreter dieser Körperschaften sein. Gewiß sind das Palliativmittel, doch wir müssen alles tun, um den Arbeitslosen in ihrer Not zu helfen. Eine volle Lösung des Arbeitslosenproblems kann erst die Bekämpfung kapitalistischer Wirtschaftsanarchie und die Verwirklichung des Sozialismus bringen. Letzteres scheinen jene völlig vergessen zu haben, die heute die Forderung „Aufnahme der vollen Produktion“ als Kampfbanner in die Waage werfen. Diese Forderung ist zurzeit unüberwindlich. Unverantwortlich ist es deshalb, diese Parole ohne volle Würdigung des Kräfteverhältnisses in die Waage zu tragen. Die Abtennung der für unsere Produktion so wichtigen Rohstoffquellen wie das Saargebiet und Oberschlesien muß hierbei volle Beachtung finden. In diesem Zusammenhang ist auf die Abstimmung in Oberschlesien hinzuweisen. Wir haben nichts gemein mit jenen Sozialisten, welche die Polen jahrhundertlang geknebelt haben, aber im Interesse unserer Wirtschaft müssen wir wünschen, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Noch einige Bemerkungen zu den fünf Stuttgarter Forderungen wie denen des offenen Briefes der R.P.D. Den Verwaltungskreisen, welche dem Vorstand eine Resolution in diesem Sinne unterbreiteten, hat derselbe die Frage vorgelegt, wie sich die Kollegen die Durchführung dieser Forderungen denken. Eine Antwort ist durchweg überhaupt nicht eingelaufen. In einem Falle jedoch weist uns der Antragsteller darauf hin, daß wir die Vorstand wissen, dazu sei er — der Antragsteller — nicht da. Einzig ist die in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Forderung des Bevollmächtigten der Stuttgarter Verwaltungskreise. Sie befreit uns erneut, wie man einfach Forderungen in die Arbeiterkreise hineinwirft. Soweit ein Teil der Forderungen realisierbar ist, sind sie von uns seit jeher mit allem Nachdruck vertreten worden; so die Steuerfrage, die Lebensmittelkontrolle, welche überhaupt das Ernährungswesen, bezugnehmend auf die Friedensverträge, die Entlohnung der Orgesch. Die Bewaffnung des Proletariats im gleichen Atemzuge durchzuführen, macht schon der Friedensvertrag unmöglich. Die Kosten für die Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter müssen in erster Linie der Unternehmer tragen. Alle diese Probleme müssen wir als Sozialisten planmäßig zu lösen suchen, nicht mit stets wechselnden Tagesparolen, sondern

in zähem, energischem Ringen der arbeitenden Klasse.

In der Diskussion nimmt zuerst das Wort Ring (Schramberg): In einem Betrieb sollte die Arbeitszeit auf 30 Stunden eingeschränkt werden. Der Betriebsrat verlangte, daß zuerst die Selbstverfasser entlassen werden. Die Firma lehnte das ab, weil sie dieselben unter allen Umständen halten will. Es muß darauf gebrungen werden, daß, ehe in einem Betrieb die Arbeitszeit verkürzt wird, die Selbstverfasser zu entlassen sind.

Holhe (Dortmund): Der Unternehmer will nur einen mündlichen Geschäftsbericht geben. Eine schriftliche Aufnahme desselben oder Notizen darüber seitens des Betriebsrates verweigert er mit dem Hinweis, daß alles dies vertraulich sei. Die Eingabelegung des Organisationsvertreters gestattet er ebenfalls nicht. Desgleichen stellt er das Verlangen, in den Sitzungen des Betriebsrates den Vorfall zu führen. Alles dies geschieht auf Anweisung des Metallindustriellenverbandes. Die Kollegen haben Beschwerde beim Schlichtungsausschuß erhoben, die Entschädigung desselben steht noch aus.

Riska (Berlin): Die Verhältnisse in bezug auf die Anwendung und Auswirkung des Betriebsrätegesetzes sind nachträglich. Die Hauptaufgabe der Betriebsräte ist zurzeit, alle Verschlechterungen abzuwehren. Bei den Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden ist festzustellen, daß jeder Syndikus nach seiner eigenen subjektiven Auffassung, durch spitzfindiges juristisches Auslegen, versucht, die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden. Je nach der wirtschaftlichen Konjunktur werden wir auch hier Erweiterungen oder Verschlechterungen erwarten müssen. Nach seiner persönlichen Meinung drückt den Arbeitslosen der Gedanke, daß er arbeitslos wird, nicht so sehr, als der Gedanke, wann er wieder Arbeit bekommen wird. In völlig stillgelegten Betrieben oder Industrien läßt sich Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Die Betriebsräte sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß keine Kollegen entlassen werden. Wo das aber nicht mehr zu umgehen ist, stellt sich heraus, daß die, die entlassen wurden, die Zustimmung erhalten, bei besserem Geschäftsgang zuerst wieder eingestellt zu werden. So wird dann auch verfahren. Dadurch bildet sich der ungesunde Zustand heraus, daß die schon monatelang Arbeitslosen überhaupt keine Aussicht haben, Arbeit zu erhalten, und so ist es in Berlin keine Seltenheit, daß Kollegen ein Jahr und länger arbeitslos sind. Die Betriebsräte müssen dahin wirken, daß die Kollegen, welche am längsten arbeitslos sind, auch zuerst wieder Arbeit bekommen. Durch die Pariser

die Möglichkeit als aufs Mundwort gesehen werden. Die Arbeiterschaft muß wieder einig werden. Mit der Gruppeneinteilung der Ost- und Wagenschmiede kann ich mich nicht einverstanden erklären.

Ziele (Pöln): Ich bin mit Dilmann einverstanden. Die Stärke der Arbeiterschaft geht infolge der Zersplitterung merklich zurück. Sollten auch die Gewerkschaften gespalten werden, sind wir verurteilt. Wenn die Unternehmer sich beliebt fühlen, weil ihnen bei den Sitzungen des Betriebsrats der Vorfall verweigert wird, müssen es die Arbeiter ebenfalls so machen. Die Berichte der Unternehmer, die nach dem Gesetz vierteljährlich erstattet werden müssen, sind mangelhaft. Wir haben deshalb Beschwerde geführt und erreicht, daß unser erster und zweiter Vorsitzender zur Ausschichtsprüfung zugelassen wird. Dadurch sind wir in der Lage, über alles unterrichtet zu sein, was Redner durch Beispiele bekannt gibt. Die Betriebsräte müssen sich mehr Achtung vor den Unternehmern verschaffen und Schritt für Schritt vorwärts drängen.

Roch (Berlin): Den § 39 des B.R.G. legen die Unternehmer ganz einseitig aus. Wenn ein Betriebsratsmitglied vom Schlichtungsausschuß abgesetzt worden ist, so muß nach meiner Meinung derselbe bei einer Neuwahl wieder wählbar sein. Man muß verlangen, daß jedes Mitglied auch ohne Zustimmung des Betriebsrates Klage erheben kann. Betriebsräte geben oft leichtfertig ihre Zustimmung zur Entlassung von Arbeitern, demgegenüber muß ein Beschwerdebeweg geschaffen werden. Ohne Unterschrift des Betriebsrats darf kein Erlaß der Unternehmer rechtsgültig werden. Dem Kollegen Geer bemerke ich, daß Forderungen an die Unternehmer so zu stellen sind, um sie auch durchsetzen zu können. Redner schildert das Geschehen der R.P.D. beim Kampf bei der Firma Löwe in Berlin und warnt, bei Neuwahlen nach politischen Parteien zu wählen. Alles muß sich auf dem Boden der Gewerkschaft finden, ohne Verpflichtung auf den offenen Brief der R.P.D.

Günther (Dulzburg) spricht zur Kontrolle der Produktion. Es ist nicht alles herausgeholt worden, aber so einfach ist es nicht. Wir müssen die Kollegen der Afa mehr für uns gewinnen, bis jetzt haben die Angestellten öfter verlagert. Um die Arbeitslosigkeit zu vermindern, muß man Gemeinde und Staat drängen, die Beschäftigung aufzunehmen. In Zukunft ist genau zu prüfen, ehe man zum Streik greift, was für uns besser ist.

Frensd (Koswig): Der Vorstand muß die Betriebsräte mehr schulen. Von den örtlichen Schulen bin ich nicht befriedigt. Zur Sozialisierung braucht man geschulte Kräfte. Ich wünsche Vorträge über Volkswirtschaft. Wo die Arbeiterschaft einig ist, kann immer noch etwas erreicht werden.

Brandes (Vorstand): Bei der heutigen Aussprache will der Vorstand die Meinung des Beirats kennen lernen. Nach Mitteilungen im Reichstag ist in Wälde die Befreiung des Rohstoffmangels zu erwarten. Dem Protest Riska gegenüber dem Aufruf des D.M.A. schreibe ich mich an. Man muß bei der Abfassung solcher Aufrufe sehr vorsichtig sein. Redner verteidigt die Maßnahmen des Vorstandes, die Durchführung der Sozialisierung des Bergbaues hält er für möglich. Bei Beratung des Bilanzgesetzes im Reichstag haben die Vertreter der R.P.D. kein Wort mitgeredet, obwohl diese Unterlagen ein wichtiger Bestandteil zur Durchführung der Produktionskontrolle sind. Einige Verbesserungen sind in den Entwurf hineingebracht worden. Auch ich bin der Meinung, daß man Forderungen so stellen soll, daß man sie auch durchsetzen kann. Man muß aus der Erfahrung lernen. Auch in der Zeit der Krise sind Erfolge beschieden, wenn man einig ist.

Vorhölzer (Stuttgart): Wenn durch die heutige Konferenz ein Teil der unliebsamen Erscheinungen der letzten Zeit verschwindet, wird dies unser erster Erfolg sein. Die Rechte der Betriebsräte sind minimal, nichtsdestoweniger haben einzelne viel erreicht. Doch erleben wir auch das Gegenteil, und zwar hauptsächlich, weil sich die Betriebsräte zu Tätigkeiten mißbrauchen lassen, die sie nicht angehen. Die Unternehmer haben nach der Revolution nicht umsonst den Arbeitern vermeintliche Rechte in die Hand gegeben, man suchte die Organisations systematisch auszuschalten und glaubte dies durch die Betriebsräte zu erreichen. Aus dieser Situation erklärt sich manches. Mit der Einführung der Freizügigkeit wollen die Unternehmer wieder willkürliche und billige Arbeitskräfte vom Lande gewinnen. Die Sturz-arbeiterunterstützung bilde auch manchen Unternehmer schwer. Manche Ausgabe für die Betriebsräte hat sich noch nicht bezahlt gemacht. Was wir von den Angestellten fordern müssen, sind sie noch nicht. Redner tritt für die Anlegung einer Sammlung von Material in der Zentrale ein, um dasselbe den Betriebsräten zugänglich zu machen. Damit wurden anderweitig günstige Erfahrungen gemacht. Den Versuchen der Unternehmer, mißbillige Betriebsräte durch Selbstfindungsummen los zu werden, gilt es entgegenzutreten. Ein weiterer Versuch der Unternehmer, den Leistungslohn abzuschaffen, muß ebenfalls zurückgewiesen werden, weil die Arbeitsämter erklären, keine anderen Familienväter mehr vermitteln zu können.

Schneider (Saargebiet): Im kapitalistischen Betrieb halte ich es für unmöglich, die Bilanzen zu kontrollieren. Die Unternehmer versuchen überall, die Rechte der Arbeiter zu beschränken. Ich bin noch nicht informiert, was für Richtlinien herauskommen sollen. Auch im Saargebiet macht sich die Arbeitslosigkeit bemerkbar. Man sieht die Uneinigkeit der Arbeiterschaft den linksstehenden und unklarerer Elementen zu, ich möchte dazu bemerken, daß auch sie nur das Beste im Auge haben und keinerlei Vorteile irgendwelcher Art für sich in Anspruch nehmen.

Cart (Hürt): Die Bilanz- und Produktionskontrolle darf nicht untereinander gemacht werden. Die Produktionskontrolle ist für uns einfach, in die Bilanzen gewinnen wir schwer Einblick, die Unternehmer verstehen es meisterhaft, diese zu verschleiern.

Dilmann (Schlußwort): Die Erfahrung bei Kriegsende, wo die Unternehmer die Entlassungen der Vertreter der Arbeiterschaft übertragen haben, lehrt uns, daß die Sache schwierig ist. Auch auf dem Lande hat es arme Proletarier. Jeder soll sich bewußt sein, daß die nächste Zukunft uns nichts Gutes bringt. Was uns fehlt, ist eine gutgeformte sozialistische Arbeiterschaft. Wenn Betriebsräte leichtfertig ihre Zustimmung zur Entlassung geben, so müssen sie gemahnt werden. Wo Unternehmer wichtige Vorschläge von Verbesserungen seitens der Betriebsräte ablehnen, müssen solche Fälle dem Vorstand mitgeteilt werden. Bei den Angestellten ist doch vieles besser geworden und wir müssen ein enges Zusammenarbeiten mit ihnen fördern. Später hoffe ich, daß wir auch zu gemeinsamen Tagungen mit Angestelltenvertretern kommen, heute mühten wir mit dem Anfang bei uns beginnen. Um Dienstvorschriften Geltung zu verschaffen, müssen beide Teile unterschrieben haben. Wir werden unsere Lattiz so einrichten, wie augenblicklich die Verhältnisse liegen, gegenwärtig sind die Machtverhältnisse mehr auf Seiten der Unternehmer. Unsere Kräfte dürfen wir nicht nutzlos aufs Spiel setzen. Bei Überarbeit ist immer genau zu prüfen, doch warne ich vor einer generellen Festlegung. Riska's Ansicht in der Arbeitslosenfrage ist in ihren sozialen Gesichtspunkten richtig, ob sie jedoch immer gangbar, muß ich bezweifeln. Kollege Geer hat heute zwei Paar Stiefel an und ich nehme an, daß er bald zur Vermeidung zurückkehrt. Redner bespricht eingehend die Schwierigkeiten Deutschlands in der Wirtschaftslage. Die Schulung der Betriebsräte muß fortgesetzt werden, obwohl man weiß, daß durch solche Kurse noch kein Betriebsrat eine Bilanz prüfen kann. Dem Kollegen Geer habe ich zu sagen, daß der Vorstand eingehend die Stuttgarter Forderungen geprüft hat, aber im jetzigen Moment von der Undurchführbarkeit überzeugt ist. Man verzieht immer bei solchen Anlässen, auch dem Vorstand den Weg und die Mittel mit anzugeben, um dieselben zu verwirklichen. Wenn Kollege Geer sagt, die Gewerkschaftsorganisationen seien mit Schuld, daß in Hamburg 19 000 Unionisten vorhanden seien, so ist das falsch. Mitglieder unseres Verbandes sind es, so auch von der Zentrale in Berlin, die den Unionisten und deren Treiben Vorzug leisten und so die Organisation aufs schwerste lähmen. Redner belegt dies durch zahlreiche Beispiele. Wenn man vergebens die Einigkeit des Proletariats zu wollen, dürfe man nicht jeden Tag Schmutzkübel der Verleumdung über die Organisation und deren Funktionäre entleeren. Es ist unmöglich, daß ein solches Spiel von eigenen Verbandsmitgliedern weiter betrieben werden kann.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung berichtet Reinken (Effen) Beiratsmitglied der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale: Die Finanzlage der ersten Sitzung hatte ihre Ursache in dem lang-

Skaven

Früher zwang man den Skaven mit der Peitsche zur Arbeit. Der Sklave war durch den Begriff des Eigentums ein erbenntes, getauschtes oder geerbtes Gut geworden; er hatte also einen Wert wie ein Ochse, der Esel und das Pferd und zog daher dem Eigentümer, wenn er ihn verlor, einen Verlust nach sich.

Seit der Einführung des Geldes hat der Mensch gar keinen Wert mehr, nicht einmal den des Viehes, und man dürfte getrost den Menschenhandel in Deutschland, Frankreich und England erlauben, man würde nicht viel Geschäfte damit machen. Der Mensch hat in diesen Ländern den Preis verloren, am ein Stückchen Brot kann man ihn haben, und noch dazu einen recht frischen, jungen, kräftigen Menschen, und hat alsdann auch noch die Wahl und Dank und Handfuß obendrein.

Früher machte man den Menschen mit Gewalt zum Sklaven, jetzt verkauft er sich selber, seine Gesundheit, seine Jugend und sein Blut für das, was man ihn Vaterland zu nennen gelehrt hat und was so viel sagen will, als die Gesamtheit alles Eigentums und aller Eigentümer in dem Lande, wo er geboren wurde und wo er und seinesgleichen nichts besitzen und ebensowenig Hoffnung haben, je etwas darin zu besitzen.

M.H. Westling. — Garantien der Harmonie und Freiheit.

Beschlüsse werden wir noch weitere Arbeitszeiteinschränkungen zu erwarten haben. Der Aufruf des D.M.A. und der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale ist nicht geeignet, die beschäftigten und notwendige Wirkung auf die internationale organisierte Arbeiterschaft auszuüben. Hier mußte eine andere Fassung gefunden werden. Die Industrie Verlink ist eng verbunden mit den ober-schlesischen Rohprodukten und er richtet die Aufforderung an die Vertreter des Reiches, der Kollegenreisen für eine deutsche Abstimmung zu wirken.

Dilmann erklärt, daß er an der Abfassung des Aufrufes des D.M.A. unbetellig und nicht zugegen war. In der Sache selbst sind wir wohl alle einig. Doch den Vorstand könne auch er nicht gutheißen, dieser mußte anders gewählt werden. Wir finden in dem Aufruf Rede-mendungen, die unüberbleiblich mußten.

Balawczyl (Berlin): Die Betriebsräte als Verhandlungsführer vor den Schlichtungsausschüssen müßten mehr wie bisher ge-schäftigt werden, um sich dort besser durchsetzen zu können. Durch den Abschluß der Arbeitsordnung zwischen den Spitzenorganisationen ist es den Betriebsräten nicht möglich, eine Änderung herbeizuführen, da die Schlichtungsausschüsse es ablehnen, eine Entscheidung zu fällen, weil eine tarifliche Bindung vorhanden sei. Ebenso oerweilert der Schlichtungsausschuß eine Entscheidung in Streitfällen nach § 84, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung zur Entlassung gegeben hat. Deshalb muß es eine Revisionsinstanz geben, wo der Kollege sein Recht vertreten kann. Im Auftrage der ober-schlesischen Arbeiterschaft richtet er den eindringlichen Appell an die anwesenden Vertreter, alles daran zu setzen, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Wir dienen damit nicht nur unseren ober-schlesischen Kollegen, sondern auch unserer eigenen Sache.

Geer (Hamburg): Das Referat Dilmann's hat mich nicht befriedigt, ich verweise einen Überblick über die wesentlichen Ursachen der Wirtschaftskrise. Mit dem Urstoffbetriebe ist eine Verbindung her-zustellen, um eine Kontrolle über die Produktion zu bekommen. Die Zersplitterung der Arbeiter ist zu beklagen und es ist zuzugeben, daß wir dadurch an Schlagkraft verloren haben. Wenn man etwas erreichen will, muß man sich vorher zusammenschließen und die Einheits-front herstellen. Dilmann sagt, durch die Wirtschaftskrise von links werde das Proletariat verlagert, wenn man es notwendig brauche. Diese Möglichkeit gebe ich zu, aber die andere Seite ist mißschuldig, weil sie immer absagt. Vom Vorstand muß man alles Material und Aus-nütze erhalten, das notwendig erscheint, die Produktionskontrolle durchzuführen. Die Krise im Schiffbau wirkt auch im Ausland schwer, der deutsche Arbeiter arbeitet zu billig und hilft zur Schmutz-kurrenz. Unerschütterlich sind die Forderungen der Entente, man muß doch Deutschland auch noch produzieren lassen. Redner geht auf die Hamburger Verhältnisse näher ein und kommt dann noch auf die be-kannten Stuttgarter Forderungen zu sprechen. Ich kann zwar auch keinen Weg angeben, das muß der Vorstand selbst wissen. Was beim Rapp-Putz möglich war, muß auch heute noch gehen. Wenn auch die Opposition noch nicht erreicht hat, so bewirkt ihr Vorgehen doch, daß sich die Mitglieder mehr um ihre Organisation kümmern. (Beifall) (Widerpruch). Den Vorwurf der Organisationszersplitterung weise ich zurück. Bei Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes muß man auch mit der Stimmung der Arbeiter fühlen und den Abwehrtampff aufnehmen.

Buttermann (Aßen): Die Unternehmer verlagert auf den Rat der Betriebsräte. Jeder Vorschlag ist ihnen sehr unbedeuten. Haben die Firmen wenig Aufträge, wird einfach eingeschränkt. Erhebt der Betriebsrat dagegen Einspruch, wird entweder ganz zugemacht und die unliebsamen Betriebsräte entlassen oder dieselben sonst schikaniert. Leider sind die Betriebsräte oft selbst nicht einig, was Redner an Bei-spielen darlegt. Nach seiner Meinung sollen die Betriebsräte nicht ganz von der Arbeit befreit werden, um die Verbindung mit ihrem Kollegen nicht zu verlieren.

Rudroff (Münster): Bis jetzt ist noch kein gangbarer Weg gezeigt worden. Die Betriebsräte haben keinen Schuß. Man kann von den Unternehmern in der Einigkeit lernen. Die Betriebsräte müssen sozialistischer handeln. Bei der Wahl der Betriebsräte muß mehr auf

Wichtigen Vorbereitungen und der späten Bekanntgabe der Vertreter der einzelnen Industriegruppen. Aber auch die Tätigkeit der verschiedenen selbständigen Betriebsrätezentralen, wie die der Mühlstraße in Berlin, erschweren die Arbeit. Diese Widerstände sind jetzt beseitigt und steht zu erwarten, daß nunmehr einheitlich und flott gearbeitet wird. Informationsmaterial wurde in genügender Auflage hergestellt. Es muß erwartet werden, daß mehr Interesse dafür gezeigt wird und so wichtiges Material nicht brach liegt. Mehr für die Schulen der Betriebsräte sollen möglichst aus sozialistischen Kreisen genommen werden. Betriebsräte und örtliche Ausschüsse müssen mehr wie bisher an die Zentrale berichten, namentlich auch wichtige Entscheidungen von Schlichtungsstellen, Gewerbegerichten usw. einbringen, damit sie allen Kollegen zugänglich gemacht werden können. Die jetzt nach dem Gesetz notwendigen Neuwahlen der Betriebsräte sollen an einem noch näher zu bestimmenden Tage im März erfolgen. Es dürfen nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt werden. Sonderlisten der Parteien sind unter allen Umständen abzulehnen, da hierdurch bei der Wahlrechtsausübung eine Stärkung der gegnerischen Organisationen erfolgt. Ein Zusammengehen mit Christen, Kirchen usw. ist ausgeschlossen. Das Betriebsrätegesetz soll in Broschürenform ohne Kommentar zur Verfügung und allen Ortsausschüssen gestellt, welche eine Übersetzung herbeiführen haben, um allen Arbeitern gerecht zu werden. Bemängelt muß die Lebensmittelpflicht seitens der Betriebsräte werden, da sie dadurch von ihrer eigentlichen Tätigkeit abgehalten werden. Sogar die Zentrale wird von Angeboten, als Vermittler von Privatgeschäften zu wirken, nicht verschont. So wollte ein Lohnmittlerfabrikant 2 Prozent vom Umsatz an die Zentrale abführen. Die Zentrale hat natürlich abgelehnt, mußte aber feststellen, daß die Mühlstraße einen hervorragenden Vertrag unterschrieben hat. Vor lauter Auseinandersetzungen untereinander kommen wir zu keiner Agitation gegen Christen und andere. Deshalb sollten auch die anwesenden Betriebsmitglieder der R.F.D. sich auf den Boden der Beschlüsse der Zentrale stellen.

Bothe (Dortmund): Ein Zusammengehen mit den Angehörigen sei zu empfehlen. Nur zeigt sich, daß zum Beispiel in seinem Betriebe die Arbeiter der gemeinsamen Wahl zugestimmt haben, die Angehörigen dies aber ablehnten. Solch geringes Verständnis für die gemeinsamen Pflichten sei zu bedauern.

Koch (Berlin) kann nicht einsehen, warum seitens der Zentrale eine allgemeine Neuwahl angelehnt wird. Wahlen brauchen keiner Relativität nach nur vorgenommen werden, wenn die Kollegen innerhalb eines Betriebes dies verlangen. In Berlin will die R.F.D. auch mit Unionisten, Syndikalisten usw. gemeinsam gehen. Deshalb sei ein Beschluß seitens der Konferenz notwendig, der ein solches Vorgehen nicht gestattet.

Brandes hält eine besondere Entscheidung nicht für angebracht, da wir nach dem Beschluß der Zentrale handeln werden und müssen.

Siehe (Dresden): In den größeren Verwaltungstellen mit kommunikativer Wirkung wird man sich den Beschlüssen der Zentrale nicht fügen. Eine klare Entscheidung ist notwendig, die ausdrückt, daß, wenn sich der Beschluß der Zentrale wiederholt, nicht mehr als Mitglied angesehen werden kann.

Geer (Hamburg) stellt sich ebenfalls auf den Standpunkt der freigewerkschaftlichen Liste, muß aber feststellen, daß in seinem Betrieb bei der letzten Wahl die S.P.D. neben der gewerkschaftlichen Liste noch eine eigene Parcelliste aufgestellt hat. Er wünscht je nach den Verhältnissen etwas Freizügigkeit.

Plewe (Frankfurt a.M.): Die gegnerischen Organisationen werden durch unser Gegenüberarbeiten gestärkt, es zeigt sich das auch in Betrieben, wo dieselben bisher noch nicht vertreten waren. Schließend (Eutin): Zugabe wird, daß früher bei den Wahlen in den Betriebsräten zum Teil nicht einheitlich verfahren wurde; gestündigt wurde von allen Richtungen. Einmal muß diese Sachlage aufhören. Ausnahmen können wir nicht mehr gestatten und in Zukunft wird die Angelegenheit strenger gehandhabt werden. Parteibeschlüsse dürfen für uns nicht maßgebend sein. Darüber sind wir uns im Vorstand alle einig.

Siebert (Eutin) ist mit dem Beschluß vom vorigen Jahre einverstanden, aber nicht damit, wie er jetzt ausgelegt wird. Damals waren wir uns einig, daß nicht so streng verfahren werden soll. Heute noch ist er ein Vertreter freigewerkschaftlicher Listen, aber er muß einen Beschluß bekämpfen, der die Individualität ausschließt. Der Beschluß der Zentrale läßt als Beziehung an die Kollegen gehen, mehr aber nicht. Schließend hält er nicht nötig, anzugeben, daß der Vorstand einig ist.

Schneiderlechner (Saargebiet): Im Saargebiet bestehen keine Betriebsräte und an den Wahlen zu den Betriebsausschüssen beteiligt sich die R.F.D. nicht.

Reinartz (Essen): Die Wahlen sind in seinem Betriebe mit der Parole des jederzeitigen Abzuges erfolgt, so daß eine sich jährlich wiederholende Neuwahl nicht nötig ist. Um allen Streit zu vermeiden, ist man zu versetzen, daß jede Richtung entsprechend ihrem Stimmverhältnis Mitglieder zum Betriebsrat benannt und dann so eine gemeinsame freigewerkschaftliche Liste aufstellt.

Dihmann: Es kann gar keinen Zweifel geben, daß nach dem Gesetz in jedem Jahre neu gewählt werden muß. Bei einer Vorabstimmung vor der Aufstellung gemeinsamer Listen muß auch entschieden werden. Dadurch würde nach mehr Befriedigung in die Reihen der Kollegen getragen werden. Auf die Qualität und auf die Befähigung der Kandidaten muß mehr Wert gelegt werden. Demogen haben wir in dieser Beziehung genug hinter uns.

Witz (Berlin) ist mit den Ausführungen Dihmanns nicht einverstanden. Der Beschluß des erweiterten Bezirks vom vorigen Jahre muß hier Anwendung finden. Damals wollte man über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinausgehen und deshalb der jeweilige Abzug; damit ist verstanden, daß die Einhaltung der jährlichen Kandidatur keine Geltung hat. Von dem Willen der Arbeiter des Betriebes hängt es ab, ob eine Neuwahl stattfinden soll oder nicht.

Geer (Hamburg) verleiht Witz nicht. Er steht auf dem Boden der Unabwandelbarkeit, hat aber eine jährliche Neuwahl für unbedingt nötig, damit die Betriebsräte immer das Vertrauen der Belegschaft haben. Die Kollegen werden in allen Betrieben nach ihrer Parteipartei wählen, da in dieser Beziehung nicht zu unterscheiden ist. In Betrieben, wo eine Parteipartei die absolute Mehrheit hat, sind diese auch den gewählten Kandidaten beizugeben.

Dihmann: § 18 des R.F.D. sagt ganz klar, daß die Kandidatur des Betriebsrats ein Jahr beträgt. Witz muß mit Ablauf der ersten Wahlperiode erfolgen. Das ist nicht, wie der Unterredner die Wahl anspricht. Sollte Witz hat den Beschluß des erweiterten Bezirks vom vorigen Jahre verstoßen. Lediglich die Unabwandelbarkeit wurde bestritten. Ein Beschluß über die Kandidatur kann überhaupt nicht gefaßt werden. Sollte Geer ist zu sagen, daß in seine Partei die Aufstellung eigener Listen verboten ist. Geer ist in einzelnen Fällen von allen Parteien gewählt worden, das soll auch in Zukunft verhindert werden.

Kudruff (Münster): Die Parteigruppen versuchen das Ganze vom Ganzen, um gewählt zu werden. Sollen sie dann positive Arbeit leisten, so ist in der ersten Periode nicht genug. Werben sie dann absetzen, so findet sich bald kein Kollege mehr, der das Amt annimmt. Deshalb ist es notwendig, daß die Beschlüsse unter allen Umständen eingehalten werden müssen.

Witz (Berlin): Die bestehenden politischen Parteien haben sich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß ihre Mitglieder verpflichtet sind, innerhalb der Gewerkschaften nach den Parolen der Partei zu arbeiten. Das ist erst jetzt durch die R.F.D. gegeben, welche durch ein Mittel ihre Mitglieder zwingen, nach ihren Vorstellungen in den Gewerkschaften zu arbeiten. Deshalb muß die Organisationskommission einwirken, weil ein solches Vorgehen zur Befriedigung führen muß.

Brandes: Die Erklärung des Kollegen Schneiderlechner, sich nicht an den Wahlen zu den Betriebsausschüssen zu beteiligen, muß als unannehmlich bezeichnet werden. Wir arbeiten ja damit unsere

Gegnern direkt in die Hände. Die Stimmen fehlen den freien Gewerkschaften und kommen so den Christen und anderen zugute. Wir werden alles tun, um die Kollegen von diesem Gedanken abzubringen und sie zur Mitarbeit heranzuziehen. Es dürfen nur einheitliche freigewerkschaftliche Listen aufgestellt werden. Wer sich dagegen verbeißt, hat nach dem Beschluß des erweiterten Bezirks ein Verfahren nach dem Statut zu erwarten. (Schluß folgt.)

Zechenmetallarbeiter

In Nr. 2 unseres Verbandsorgans berichtet ein Kollege über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zechenmetallarbeiter. Er sucht nach Mitteln und Wegen, die zur Verbesserung der mißlichen Lage führen. Als Zechenmetallarbeiter war dieser Artikel für mich von besonderem Interesse. Stellt man die Verhältnisse im Kalbergbau denen im Kohlenbergbau gegenüber, so sieht man sofort, daß beide sich gleich wie ein Ei dem andern. Der Höchsthoh der Zechenmetallarbeiter ist wohl etwas höher als der der Kalbergbauarbeiter. Er beträgt heute 44,10 M für Verheiratete, Ledige erhalten 1 M weniger. Dazu kommen 3 M Familien- und 3 M Kindergehalt. Der Durchschnittslohn der Kohlenarbeiter beträgt ohne Überstunden, Kinder- und Hausstandsgehalt 56,64 M, also auch hier über 12 M Unterschied. Nun will ich nicht die Löhne der Handwerker und Bergarbeiter gegeneinander auspielen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß dem Bergmann auf Grund seiner schweren und gefährlichen sowie gesundheitschädigenden Arbeit ein höherer Lohn zusteht.

Der Kollege vom Kalbergbau schreibt u. a. den im Bergbau führenden Organisationen einen Teil der Schuld zu. Auch die Zechenmetallarbeiter machen die Bergarbeiterorganisationen in gewissem Sinne mitverantwortlich für die Nichterfüllung ihrer Wünsche. Bei einer Lohnbewegung im Bergbau kommen heute nicht weniger als 28 Organisationen in Frage. Das ist ein ungesunder Zustand, der beseitigt werden muß, steht außer Zweifel. Doch wie kommen wir aus dieser Misere heraus? Nur eins kann uns hier helfen. Es müssen so schnell wie möglich Industriearbeiterorganisationen geschaffen werden. Diese erhöhen nicht nur unsere Macht, sondern ermöglichen eine viel ausgeprägtere Agitation unter den sehr käuflichen Zechenmetallarbeitern. Weiter vereinfachen sie die Verhandlungen, indem nach einheitlichem Plan gearbeitet werden kann. Auch werden hierdurch Zwistigkeiten unter den Bruderorganisationen vermieden.

Ferner werden die Metallarbeiter im Bergbau bei Schaffung von Industrieverbänden gleichberechtigte Mitglieder der Cartiparteien. Ein weiterer sehr schwerwiegendes Moment kommt noch in Frage. Das ist, daß dann die Bergarbeiter und gegenüber mehr Solidarität üben. Nun bin ich aber der Ansicht, daß es bis zur Schaffung von Industrieverbänden noch ein weiter Weg ist. Um aber die Zeit nicht nutzlos verstreichen zu lassen oder den Weg dazu etwas ebener zu helfen, möchte ich folgenden Vorschlag machen:

Der Vorstand unseres Verbandes trifft mit dem alten Bergarbeiterverband ein Abkommen, welches Überweisung der im Bergbau beschäftigten Metallarbeiter an den Bergarbeiterverband. Der Bergarbeiterverband hat Sektionen der Zechenmetallarbeiter zu schaffen und stellt bezirksweise geeignete Angestellte ein zur Vertretung unserer Interessen. Damit hätten die Zechenmetallarbeiter bei einer weiteren Lohnbewegung schon eine günstige Position errungen.

Ich bin mir nun wohl bewußt, daß dieser Vorschlag bei meinen Kollegen auf Grund oben geschilderter Antipathie gegenüber den Bergarbeiterorganisationen Widerspruch hervorrufen wird. Doch bei einigermaßen objektiver Betrachtung wird der Kenner der Verhältnisse im Bergbau zugeben müssen, daß es besser ist, bei kommenden Kämpfen die Front zu schließen, statt separat vorzugehen, wie es die Bezirkskonferenz der Tagesarbeiter am 22. Oktober 1920 in Essen auf den Ruf der Christen hin beschloß. Ein solches Vorgehen ist dieser Beschluß aufgehoben worden. Ich möchte nun die Kollegen bitten, auf kommenden Konferenzen zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir haben die Meinung des Kollegen Huber zum Abdruck gebracht und möchten dazu folgendes bemerken: Die Schaffung von Industrieverbänden hat bei uns, gemäß den Beschlüssen der letzten Generalversammlung, die lebhafteste Sympathie. Der Vertreter unseres Verbandes im A.D.S.B., Kollege Dihmann, hat auch stets in den Bundesratsversammlungen dahin gewirkt. Jedoch kann die Bildung von Industrieverbänden nur dann in Angriff genommen werden, wenn alle Organisationen sich damit einverstanden erklären und zur Mitarbeit an der Reorganisation der freien Gewerkschaften bereit sind. Einseitig auf Kosten des Metallarbeiterverbandes Industriearbeiterorganisationen zu schaffen, müssen wir natürlich ablehnen.

Mitteilungen des Vorstandes

Rit Sonntag den 27. Febr. ist der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Februar bis 5. März 1921 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	für die Mitglieder der Bezirksklasse:			Begleit der Bezirksleitung
	I	II	III	
	wöchentliches Gewerbe			

Kulmbach: 50 30 30 10. Beitragsw. 1921
Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung naturrechtlicher Rechte zur Folge.

Kassenerhebung zur Neufertigung:
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bochum:
Der Schlosser Willi Bloßdorf, geb. am 2. Mai 1897 zu Bochum a. M., Mitgliedsbuch Nr. 3223572, wegen unkollegialen Verhaltens und Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Kassel:
Der Elektromonteur Otto Lachemietz, geb. am 17. Juli 1900 zu Kassel, Mitgliedsbuch Nr. 4.019.402, wegen Nichtabrechnen von Beitragskassen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Pilsenerberg:
Der Schlossermeister August Stude, geb. am 7. Dezember 1877 zu Pilsener, Mitgliedsbuch Nr. 3.561.400, wegen unkollegialen Verhaltens und Diebstahl.

Ausgeschlossen werden nach § 23 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hattlingen:
Der Dachdecker Karl Braunhelm, geb. am 2. Mai 1899 zu Hattlingen, Mitgliedsbuch Nr. 2.871.022, wegen unkollegialen Verhaltens und Schädigung der Verbandsinteressen;
Der Schlosser Oskar Hermann, geb. am 2. Januar 1893 zu Hattlingen, Mitgliedsbuch Nr. 3.223.228, wegen unkollegialen Verhaltens und Schädigung der Verbandsinteressen.

Ausgeschlossen wurde:
Mitgliedsbuch Nr. 4.108.020, lautend auf den Metallarbeiter Oskar Rhobius, geb. am 7. August 1895 zu Zürich, eingetreten am 11. Januar 1920 zu Glanzen. (Glanzen.)
Mit kollegialen Gruß
Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Januar 1921 bei der Hauptversammlung eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Aachen 50000 M. Aalen 10000. Andern 2000. A. i. Westf. 12000. Althorn i. O. 3000. Alten 1848,12. Wenzel 1000. Altmating 1000. Altmasser 11000. Anklam 5000. Apoll 4300. Arnstadt i. Th. 7000. Aschaffenburg 6000. Augustfeld 2000. Barmen-Eiberfeld 50000. Barth 1000. Bauen 10000. Bayre 5000. Bensheim a. d. B. 600. Bergen i. Bay. 1768. Berka a. S. 3000. Berlesheim 1080. Bernstadt i. Schl. 1200. Biederfeld 2000. Bielefeld 180000. Bischofsburg 600. Blankenburg a. S. 2500. Blankenburg i. Th. 500. Bockwitz 17000. Boizenburg 7000. Borna 800. Braubach a. Rh. 4000. Braunschweig 120000. Breidenbach 3100. Bremerhaven 85000. Briton 370. Brunsbüttelhafen 1500. Bungal 6000. Burg b. Magdeburg 12000. Burgdorf 517,55. Burghaus 6800. Buttlardt 1000. Buxb. i. Dessau 3000. Celle 4000. Craiheim 400. Darmstadt 30000. Dassel 1500. Derenburg a. S. 800. Deffau 60000. Detmold 4000. Dillenburg 4000. Döbeln 2000. Dömitz 1000. Dorfen 982. Dortmund 157000. Drumburg 550. Dresden 20000. Duderstadt 800. Dürrenroth 254,35. Ebersbach i. S. 1000. Eberstadt 2000. Ebingen 16000. Ebersforde 3000. Ege 9500. Eilenburg 5700. Eisenach 217,45. Eisleben 13000. Eibitz 78000. Elstfeld a. B. 3218,15. Eßterwerda 10500. Emden 700. Emmendingen 6938,90. Emmerich 6500. Empel 600. Erbach i. S. 2400. Erfurt 56000. Erlangen 15000. Eßershausen 414,95. Eßweiler 10000. Eslingen a. R. 41000. Gauskirchen 6000. Glatz 500. Gellau 1200. Gellau 500. Ferdmandshof 163,4. Flotow 349. Forchheim 2500. Forst 5000. Frankfurt a. M. 200000. Freiburg i. Schl. 7500. Freudenstadt 1500. Friedland i. R. 2800. Friedrichrode 2000. Friedrichsthal 1000. Frödenberg 23000. Fürstberg a. O. 1000. Furtwangen 5500. Geesthacht 3000. Geislingen 7000. Geithain i. Sa. 1263. Geisen 2605. Glash 1500. Glaucha 8000. Gmünd Schwab. 20000. Goldap 700. Goldberg 600. Göttingen 30000. Götlich 65000. Gostlar a. S. 3000. Grimma i. S. 4304,18. Gröbzig 9000. Großhain 7000. Groß-Pöchlitz 6000. Groß-Räschen 4000. Gröna 11000. Gummersbach 12000. Güttenbach 1100,60. Gütersloh 7000. Habelschwerdt 500. Hagen i. W. 60000. Hager 1500. Hainichen 5000. Halberstadt 6000. Halbesleben 8700. Hammerau 3385,25. Hanzgerode 4000. Hattlingen 24500. Hausham 1500. Hayna 2500. Heiligenbeil 2900. Heiligenfeld 2500. Helgoland 4000. Hennigsdorf 4000. Herborn 26000. Herne i. W. 22000. Herrenberg 1000. Herzberg (Eifler) 2000. Hespelinghausen 580,95. Hirschberg i. Schl. 20000. Hirschen 15646,77. Hirschfeld a. M. 44000. Hof i. B. 3500. Hohenlimburg 25000. Hohenstein-Ernstthal 10000. Holland 800. Holzwinden 1500. Hötensleben 1580,90. Hufschmied 994,87. Hüttenrode 845,30. Ilmenau 3500. Jänitzberg 6000. Jägerhoe 1000. Jarmen 1000. Jena 16000. Jever 2570. Jüterbog 2000. Kalbe a. S. 2000. Kamenz 2000. Karlsruhe 100000. Kassel 150000. Kauhütte 1000. Keßl i. B. 4004,20. Kellertberg 4000. Kempten 2500. Keula 3000. Kiel 140000. Kirchen a. Sieg 3000. Kirchhain 2500. Koburg 4000. Königsee i. Th. 1856. Königshütte 20000. Konstantz 3589,77. Kottbus 6000. Köthenau 6000. Krappitz 981,77. Kronach 1300. Kronenberg 18000. Kruppamühle 1000. Kuffstein 4500. Labes i. Pr. 1000. Lahnstein 11000. Lahr i. B. 1000. Lambrecht 1350. Landau (Pfalz) 15000. Landsberg a. Lech 1000. Landsberg a. W. 5000. Langenbielau 2000. Lauenburg a. S. 1500. Lauenburg i. B. 2200. Lauf 3000. Lauterbach 8000. Lauterbach 9500. Lauterbach 1300. Leisnig 3000. Leuzkirch 2500. Lichtenstein-Kallenberg 3769,95. Limbach i. S. 8000. Limburg a. R. 20000. Limburg 2000. Lindenberg 700. Löbau i. Sa. 2000. Lörrach i. B. 5000. Lollar 7700. Ludenwalde 15000. Ludwigschafen 50000. Luga 30000. Lübeck 20000. Lübben 1000. Lübz i. M. 1500. Lübensthal 60000. Lüneburg 5000. Malchow 492,10. Mallwitz 3500. Marburg 1500. Marienwerder 2000. Marktandorf 3000. Marktredwitz 4000. Marne 300. Martinlamitz 8000. Maslow 2550,45. Magden 600. Meißner i. Sa. 10000. Meßbach 100. Memel 4000. Memmingen 4000. Mergentheim 2000. Meßdorf 3000. Meuselwitz 10000. Mindelheim 500. Moosburg 172,30. Mühlhof 6000. Münster i. W. 4500. Naumburg a. S. 2500. Nebra 2132,05. Neisse 3000. Neumarkt (Oberpf.) 2500. Neumarkt i. Schl. 1000. Neurode i. Schl. 6000. Neu-Stein 6000. Neustadt a. O. 7500. Neustadt a. Rh. 2247,95. Neustadt a. S. 7000. Neustettin 500. Neuwied a. Rh. 19000. Nienburg a. S. 3000. Nienburg a. B. 3500. Nikolai 4000. Nöbdingen 500. Nowawes 8000. Oberdorf a. R. 6000. Oberkirch 4000. Oberstein 40000. Oels 1360. Oeynhausen 5500. Offenbach 1000. Ogerstheim 5000. Ohlau 4000. Oßershausen-Vengelsfeld 1000. Oldenburg i. Holst. 1098,54. Oldisleben 3496. Opladen 76000. Oppeln 3000. Orich 1500. Osterleben 4700. Osterholz-Scharmbeck 5000. Orterode a. G. 4000. Palmnicen 2224. Papenburg 1800. Passau 1800. Pegnitz 4000. Penzig 1000. Pfarrkirchen 800. Pforzheim 45000. Pirmasens 2000. Pilsballe 400. Plettenberg 20000. Pöhlitz 4007. Pries 7000. Raguhn 4800. Raffenberg i. Th. 3000. Raibor 3000. Reichenbach i. B. 7000. Reichenhall i. B. 500. Reichenstein i. Schl. 1261,90. Reimscheid 40000. Reppen 2658,24. Reußlingen 10000. Riesa 30000. Rochlitz 1600. Rödel 871,60. Rosheim i. S. 3000. Rübelsand i. S. 1700. Rühn 20000. Saalfeld i. D. 761,80. Saarau 2300. Saarbrücken 41000. Salzgitter 30000. Salswedel 2000. Sangerhausen 9000. St. Georgen 10000. Sebnitz 1000. Seehausen 3500. Seesen 9000. Senftenberg 7000. Siegburg 100000. Siegen i. Westf. 35000. Singen-Radolfzell 15000. Solingen 100000. Sommerda 1200. Soest 4905,65. Sondershausen 5000. Speyer 8500. Spremberg 3000. Sulz 30000. Schleiz 3000. Schleswig 700. Schleusingen 480,60. Schmöln 3400. Schney 531,15. Schönebeck 2. Schönungen 9000. Schramberg 15000. Schwarzenbach a. S. 1300. Schweidnitz 16500. Schwennungen 30000. Schwerin i. M. 5000. Schwebbus 2500. Schwientochlowitz 15000. Stadtlengsfeld 1000. Stallupönen 141,65. Stargard 500. Starnberg 800. Staffort 15300. Stedten 4765,60. Strehlen 1700. Stuttgart (Eingelmitgl.) 340. Tangermünde 5000. Tanne 2430,35. Torgau 3000. Traunstein 650. Trobitz 800. Trieburg 5600. Trostungen 17000. Troßberg 5100. Tübingen 2800. Ulzen 1200. Varel 5000. Varel 50000. Vetschau 800. Waiblingen 6000. Waldenburg i. S. 400. Waldshut 3000. Wallau 1500. Waltershausen 1400. Wartha-Genmor 1774,20. Warthlingen 343,24. Webel-Schulau 1000. Wehlau 1598,30. Weidenhausen 2216,63. Weißenhof 1000. Weimar 10000. Weisenfels 1000. Weidau 6000. Wertheim 1599,80. Wesel 6000. Wieda a. S. 1600. Wiege-Steinförde 3000. Wipfen a. E. 803,77. Wipperfurth 800. Wolgast 1000. Worms 17000. Wriegen 1500. Wuttschlingen 900. Zeitz 27000. Zerbst 15000. Zeulenroda 10000,85. Zwickau 50000. Sonstige Einnahmen 278598,45 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anträge sofort an uns zu berichten.
Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugug ist fernzuhalten:

- von Formern und Diebstahlarbeitern nach Eslingen (Eslingen Maschinenfabrik) M.; nach Saarbrücken (Schhardt & Schner, Maschinenfabrik) M.;
 - von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; nach Leipzig D.;
 - von Mechanikern nach Potsdam (Kaltenbach & Voigt und Mechanistik & Co.) D.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Finnland; nach Hamburg St.; nach H. o. f. o. f. St.; nach Wehlar u. H. f. a. r. St. D. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aufsperrung.
- Arbeitsunfähige Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung erscheint, die Gewerkschaft bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, bei der Bezirksverwaltung zu melden. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Berichte

Auslandsmonteur.

Wie hoch soll die Forderung für die Auslandszulage eines Monteurs sein? In Anbetracht des Tiefstandes der deutschen Wirtschaft lassen sich viele deutsche Monteurverdiener, Auslandsmontage anzunehmen zu einem Preise, der in Markt umgerechnet sehr hoch erscheint, am Orte aber nur die Möglichkeit eines Vegetierens bietet. Zunächst ist es vollkommen falsch, als Grundlage der Zulage den heutigen Kurs der Mark zu rechnen, da ja auch im Auslande die Kaufkraft der Münzeinheit des betreffenden Landes sehr gesunken ist, zum Teil sogar mehr als die Mark in Deutschland. Um nun einen Anhaltspunkt zu gewinnen, wie hoch in Einzelfällen gegriffen werden muß, um dem Monteur den Aufenthalt im Auslande zu ermöglichen, habe ich mich mit mir bekannten ausländischen Kollegen in Verbindung gesetzt, um eine allgemeine Erklärung herbeizuführen. Ich stellte nun in sieben von acht Fällen fest, daß die Zulagen dieser Monteur 75 bis 80 Prozent des ihnen gezahlten Lohnes ausmachen. Dies würde auch dem entsprechen, was wir Monteur selbst vor dem Kriege als Landzulagen erhielten. Zum Beispiel erhielt ein Monteur bei 10-stündiger Arbeitszeit 6 M Lohn, so bekam er dazu 4 bis 4,50 M als Zulage. Da nun die im Auslande gezahlten Löhne drücklich genau so verschoben sind wie innerhalb Deutschlands — ich verweise nur auf die Unterschiede zwischen Düsseldorf, Ostpreußen und Bayern —, so kann für die Monteur nur eine Forderung übrig bleiben, und die muß lauten: „Wir verlangen als Zulage 80 Prozent des am Orte gezahlten Gehaltens eines gleichwertigen Facharbeiters.“ Mit dieser Zulage kann und muß jeder Monteur auskommen und sollen diese Zeiten den Zweck verfolgen, Aufklärung zu schaffen über die berechtigten Forderungen der Monteur, damit endlich das traurige Bild verschwindet, daß auf einer Auslandsbaustelle von sechs Firmen sechs verschiedene Zulagen gezahlt werden, die zwischen der Höchst- und Mindestzulage um 40 Prozent verschieden sind.

Franz Müller (Düsseldorf).

Metallarbeiter.

Arnstadt. Eine Mitgliederversammlung nahm unter anderem auch Stellung zu den zwischen Unternehmen und Arbeiterschaft bestehenden Verhältnissen. Da von Seiten der Unternehmer fortgesetzt versucht wird, die Rechte der Betriebsräte zu schmälern, fahnen die organisierten Metallarbeiter von Arnstadt folgenden Beschluß: „Alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, die in eine Arbeitsstelle eintreten wollen oder dieselbe zu wechseln beabsichtigen, sind verpflichtet, sich vorher der Ortsverwaltung zu melden und deren Zustimmung einzuholen.“ Zuwiderhandelnde werden statutarisch zur Rechenschaft gezogen.

Eisenach. In der ordentlichen Generalversammlung gab Kollege Bock den Jahresbericht. In der nachfolgenden, sehr lebhaften Diskussion kam ganz besonders zum Ausdruck, daß die Eisenacher Kollegen unbefriedigt sind mit der Haltung des Hauptvorstandes zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und weiter, daß zur Durchführung der Märzforderungen nichts unternommen wurde. Die Stimmung der Versammlung fand ihren Niederschlag bei der Wahl der Ortsverwaltung, die nach Wisten vorgenommen wurde. Hierbei ergab die Liste der R.P.D. 149 und die Liste der U.S.P. mit den drei Angehörigen an der Spitze 83 Stimmen. In der Versammlung in dem zur Verwaltungsstelle Eisenach gehörigen Orte Ruhla erreichte die Liste der R.P.D. 203, mit Eisenach zusammen also 352 Stimmen, die Liste der U.S.P. 33, mit Eisenach zusammen also 116 Stimmen. In beiden Versammlungen wurde die Resolution der Verwaltungsstelle Stuttgart angenommen.

Schwab. Umwand. Generalversammlung. Der Geschäftsbericht wurde vom Kollegen Böhmler gegeben. Hinweisend auf das verfloßene Jahr führte der Redner aus, daß das Jahr 1920 für die Arbeiterschaft ein Jahr reich an Not, Elend und Entbehrungen war. Nur ein kleiner Prozentsatz unserer Arbeiterschaft wurde voll beschäftigt, hatten doch viele Arbeiter einen Lohnausfall bis zu 200 M durch Kurzarbeit zu verzeichnen. Lernen müssen wir vom Unternehmertum, das es verstanden hat, seine wirtschaftlichen Organismen seit dem Jahre 1919 bis heute machtvoll auszubauen über ganz Deutschland, um so der Arbeiterbewegung einen gewaltigen Damm entgegenzustellen. Unsere Arbeiterschaft hat es bis heute nicht als dringendes Gebot der Stunde erachtet, sich wirtschaftlich in ihren Berufsverbänden zusammenzuschließen. In der Arbeit, welche die Ortsverwaltung im verfloßenen Jahre zu erledigen hatte, haben sich diese wirtschaftlichen Verhältnisse besonders in der Mehrarbeit bemerkbar gemacht. Die immer mehr sich steigende Lebenshaltung brachte es mit sich, daß im verfloßenen Jahre fünf Lohnforderungen an die Unternehmer durch unsere Organisation eingereicht wurden. Festgestellt muß aber noch werden, daß von christlicher Seite die Verhandlungen mit den Unternehmern sehr erschwert worden sind. Das Verhalten des christlichen Geschäftsführers Baumhauer muß besonders festgehalten werden, wie er bei den Verhandlungen über die Beschaffungsbeihilfe unseren Kollegen in den Rücken gefallen ist und welcher die Schuld in der Öffentlichkeit insbesondere dem Kollegen Böhmler in die Schuhe schieben wollte. Die „Christen“ verbreiteten ja das Gerücht, unsere Gelder seien alle verstreut, deshalb hätten die Beitragsrückzahlung durchzuführen müssen. Des weiteren suchten diese Herrschaften unseren Mitgliedern plausibel zu machen, „der Hauptvorstand habe das Refusiat der Urwahl zur Beitragsrückzahlung“ „Kein Mittel der Verleumdung ist diesen Brüdern in Christo schlecht und dumm genug. Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, alles Trennende in unseren Reihen in Zukunft zu vermeiden. Wir müssen aus der Spaltung der Arbeiterschaft in ihren politischen Organisationen lernen und dieser Spaltungsdrang muß von den Gewerkschaften ferngehalten werden. In der Aussprache wurden von einem Kollegen die „Stuttgarter Richtlinien“ verlesen und begründet. Eine Abstimmung wurde nicht vorgenommen. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung wurden die vorgeschlagenen Kandidaten, die auf dem Boden des A.D.B. stehen, gewählt.

Ganaa. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, Geschäftsbericht und Neuwahl der Ortsverwaltung und Geschäftsleitung, und Angehts des Beschlusses des Hauptvorstandes und erweiterten Beirats war die Generalversammlung gut besucht. In dem ausführlichen Geschäftsbericht des Kollegen Khebein wurde die Tätigkeit der bisherigen Ortsverwaltung und Geschäftsleitung ausführlich dargestellt. Leider mußten viele auswärtigen Kollegen, ehe die Wahl vorgenommen werden konnte, die Versammlung vorzeitig verlassen. Ein geschäftsordnungsmäßiger Antrag, der eingebracht wurde und der Urabstimmung zur Ortsverwaltungswahl verlangte, wurde mit vierfünftelmehrheit abgelehnt. Bei der vorgenommenen Wahl wurde die alte Ortsverwaltung mit 664 Stimmen gegen eine Gegenliste die 26 Stimmen auf sich vereinigte, gewählt. Zum Schluß der Versammlung wurde mit allen gegen 5 Stimmen eine Resolution angenommen, in der gegen die Beschlüsse des erweiterten Beirats Protest angelegt wurde.

Delbenheim. In der Generalversammlung erstattete den Geschäftsbericht Kollege Gieseler. Aus demselben ging hervor, daß der Beirat zu entnehmen, daß das Zusammenarbeiten in der Ortsverwaltung sowie mit den Vertrauensleuten ein gutes war. Die Mitgliederzahl ging um etwa 300 zurück, was auf folgende Umstände zurückzuführen ist: Die Juni-Affäre mit ihren unliebsamen Begleiterscheinungen, die Steuerfragen, Unruhen auf dem Wochenmarkt, Entlassung der Einwohnerräte (als Folge 143 Angeklagte), der Stuttgarter Generalstreik mit seinen unliebsamen Begleiterscheinungen und weil die jüngeren Arbeiter bei der letzten Lohnbewegung ohne Zulage ausgingen. Dazu kam noch die Beitragsrückzahlung. Eine Diskussion über den Geschäftsbericht fand nicht statt. Die Ortsverwaltung und Geschäftsleitung wurde per Abstimmung einstimmig wiedergewählt. Über den „Offenen Brief“ der R.P.D. und die Stellungnahme des Beirats und Vorstandes dazu wurde diskutiert. Eine Abstimmung wurde nicht vorgenommen.

Heilbronn. Den Kassenbericht in der Jahresversammlung gab Kollege Ellinger, den Geschäftsbericht Kollege Ziegler. Die Mitgliederzahl beträgt 5853 (im Vorjahre 5746), Beiträge wurden 279 531 (227 918) geleistet. Ziegler schildert, daß einzelne Unternehmer es heute schon wagen, den Achtstundentag zu durchbrechen, niedrigere Löhne zu zahlen, wie sie vereinbart sind, und auch sonst Verschlechterungen aller Art einzuführen. Die Rechtspredigt vor dem Schlichtungsausschuß schwenkt deutlich sichtbar immer mehr zugunsten der Unternehmer ab. Es steht dies im Zusammenhang mit der Schwächung der proletarischen Macht und der Stärkung des Unternehmertums. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat seine freilichere Objektivität, durch die Proteste der Unternehmerverbände gegen aufgegeben. Ziegler sprach über die großen Kämpfe des verfloßenen Jahres und über die neuzeitlichen Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung. Gegen Ziegler sprachen einige Kollegen in kommunistischem Sinne. Der Antrag, den kommunistischen Forderungen zuzustimmen, wurde abgelehnt und folgende Entscheidung gegen wenige Stimmen angenommen: Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Heilbronn und Umgebung stellt sich voll und ganz auf den Boden der Beschlüsse der letzten Sitzung des erweiterten Beirats unseres Verbandes und verlangt, daß alle Mitglieder, insbesondere aber die Funktionäre diese Beschlüsse beibehalten und einhalten.

Lake L.B. In unserer diesjährigen Generalversammlung gab Kollege Walter den Jahresbericht, aus dem ein arbeitsreiches Jahr zu ersehen war. Die Kassenführung war mustergültig zu nennen. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 361, doch steht noch so mancher Metallarbeiter dem Verbands fern. Allen Kollegen sei auch an dieser Stelle für ihre Mitarbeit herzlich gedankt, doch das Jahr 1921 wird noch manchen Kampf und viele Opfer von uns fordern, darum seid auf der Hut und unterstützt die Ortsverwaltung. Den Kollegen rufen wir zu: Vereint seid ihr nichts, vereint aber riesenstark!

Lörrach. Generalversammlung. Im Geschäftsbericht gab Kollege Fosseler in längeren Ausführungen bekannt, wie das ganze Jahr hindurch eine Lohnbewegung die andere ablöste, wie man in mühevollen Verhandlungen den Kollegen das herausholen mußte, was zum Lebensunterhalt einigermaßen notwendig war. Wenn das Erhaltene auch nicht ganz unseren Forderungen entsprach, so konnten wir im Bezüge einigermaßen zufrieden sein. Was wir in dieser Beziehung erreichten, das verdanken die Kollegen nur ihrer Jugendfrische zur Organisation. Es kam in der Diskussion von allen Rednern zum Ausdruck, wenn auch nicht alles Gewünschte und Gehörte erlangt wurde, sei doch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Geschäftsleitung im Verein mit der Ortsverwaltung ihr bestmöglichstes getan habe, ihrer Aufgabe den Kollegen gegenüber gerecht zu werden. Bei Wornahme der Neuwahlen wurde die Verwaltung in ihrer alten Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß ermählte Kollege Fosseler die Kollegen, treu zum Verbands zu stehen, damit die kommenden Kämpfe, die wir in diesem Jahre zu bestehen haben, zugunsten der Kollegen entschieden werden.

Ludwigshafen. Eine christliche Blamage. Der Betriebsobmann der Firma Plag, Heinpfälzische Maschinen- und Metallwarenfabrik, Ludwigshafen, erhielt am 28. Januar eine Vorladung vor den Schlichtungsausschuß, und zwar aus folgenden Ursachen: Der christliche Metallarbeiterverband Ludwigshafen lagte gegen den Betriebsobmann G. der Firma Plag auf Enthebung seines Amtes als Betriebsobmann. Nach der beigelegten schriftlichen Begründung sollte folgendes vorgegangen sein: Ein Dreher arbeitete seit einigen Tagen bei der Firma, war unorganisiert und „wollte“ (f) Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes werden. Aufnahmefähigkeit des besagten Verbandes sollte er schon ausgefüllt und persönlich unterschrieben haben. Als G. dies erfuhr, versuchte er den Dreher J. durch Zureden dies nicht gelang, so er dem Dreher J. den Beitritt in den christlichen Metallarbeiterverband verboten haben. Herr Sekretär Schwarz vom christlichen Metallarbeiterverband beruft sich nun auf § 66 Abs. 6 des Betriebsratsgesetzes und beantragt die Amtenhebung. Nach den Darstellungen des Betriebsobmannes G. hat sich jedoch die Sache wesentlich anders zugetragen. Es kam jedoch vor dem Schlichtungsausschuß nicht zur Verhandlung, da unser Vertreter sofort bei Beginn auf die Ungefährlichkeit und Unzuständigkeit hinwies. Der § 39 des Betriebsratsgesetzes sagt zwar: „Auf Antrag des Arbeitgebers oder mindestens 1/4 der wahlberechtigten Arbeitnehmer kann das Ersuchen der Mitgliedschaft vom Betriebsratsrat oder, wenn ein solcher nicht besteht, vom Schlichtungsausschuß ausgesprochen werden.“ Da aber der christliche Metallarbeiterverband in diesem Betrieb nur ein halbes Duzend Mitglieder hat, und diese gaben sich ansehend noch nicht für diesen Dienst her, beantragte es Herr Schwarz für seine Person. Herr Schwarz scheint der Sache selbst nicht getraut zu haben, denn er brachte gleich den Firmeninhaber Plag mit und als seine Zuständigkeit angezweifelt wurde, wollte er Herrn Plag veranlassen, den Antrag zu stellen, was dieser auch versuchte, indem er mündlich erklärte, daß er den Antrag stelle. Das wurde natürlich von unserer Seite entsprechend beleuchtet, indem wir verlangten, wenn Herr Plag schon etwas gegen den Betriebsobmann hat, möge er den ordnungsmäßigen Weg beschreiten und den Schlichtungsausschuß formgerecht anrufen. Der Schlichtungsausschuß beschloß denn auch, die Klage des Herrn Schwarz abzuweisen. Herr Schwarz muß es selbst empfunden haben, weil widerwärtiges Schimpfen er hier geboten, denn er suchte sich nachträglich bei uns zu entschuldigen. Der „christliche“ Sekretär hat sich seine Blamage geholt. Nun möge Herr Plag es versuchen, wenn er aller Welt offenbaren will, der Handlanger des christlichen Metallarbeiterverbandes zu sein. Möglich wäre es, dem Unternehmer und christlichen Metallarbeiterverband gehören zusammen, denn der eine ist zum Schutze des andern da. Wir sehen der Sache mit Ruhe entgegen.

Reina. Jahresgeneralversammlung. Der Geschäftsbericht wurde vom Kollegen Hüter gegeben. Lohnbewegungen haben acht stattgefunden, diese brachten Lohnrückgehungen von 20 bis 60 % pro Stunde. Außerdem konnten in zwei Betrieben Beschaffungsbeihilfen in Höhe von 50 bis 300 M durchgesetzt werden. Den Kassenbericht erstattete Kollege Witzel. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse bilanzieren mit 195 361,89 M und einem Kassenbestand von 35 827,45 M. Der Vermögensbestand ist 73 327,45 M. In der sich anschließenden Diskussion forderte Kollege Karsten, der Sozialversicherungsfrage besondere Aufmerksamkeit zu schenken und macht die Kollegen auf die bevorstehenden Kämpfe aufmerksam. Nur rege Anteilnahme an den Tagesfragen könne fruchtbringend sein. Die Kollegen Hüter und Witzel werden als Bevollmächtigte bezw. Kassierer einstimmig wiedergewählt, ebenso die bisherigen Verwaltungsmitglieder.

Rosbad. Die Generalversammlung fand unter großer Beteiligung statt. Da der Kassenbericht gedruckt vorlag, wurde auf Wunsch der Versammlung der mündliche Bericht nicht gegeben. Zu den Neuwahlen hatten die Kollegen der R.P.D. und U.S.P. eine gemeinsame Liste eingebracht. Die Kollegen der R.P.D. wollten keine Listenwahl, da sie wußten, daß sie in der Minorität waren. Jedoch die Verhältnismäßig wollten sie einführen, obgleich die Beschlüsse der Stuttgarter Generalversammlung etwas ganz anderes bestimmen. Die Liste der R.P.D. und U.S.P., die mit dem Namen des bisherigen I. Bevollmächtigten, des Kollegen Martin Müller, begann, bekam 859 Stimmen, während die kommunistische Liste, welche mit dem Namen Stöbe begann, nur 286 Stimmen bekam. Beim dritten Punkt der Tagesordnung verzichteten die Streikenden auf die Auflösung der Rietszuschüsse zugunsten der Erwerbslosen. Der Geschäftsführer Kollege Müller hatte beantragt, den Antrag der Streikenden auch auf die Arbeitslosen auszuweiten, damit auch diese Rietszuschüsse bekommen. Nachdem die Streikenden auf den Zuschuß verzichtet hatten, wurde beschlossen, den Erwerbslosen, Arbeitslosen und Kranken, die länger als 10 Wochen erwerbslos sind, 50 M und denen, die weniger als 10 Wochen, jedoch mindestens 3 Wochen erwerbslos sind, 30 M Zuschuß aus der Lokalkasse einmalig zu gewähren.

Trossingen. In der ordentlichen Generalversammlung gab der Geschäftsführer Kollege Schwaibmann den Bericht über die Tätigkeit im letzten Jahre. Aus dem Kassenbericht ist ein erfreuliches Resultat zu entnehmen. Der Mitgliederstand ist von 1466 am 31. Dezember 1919 auf 1726 angewachsen. Geschäftsführer Schwaibmann und die alte Ortsverwaltung wurden einstimmig wiedergewählt. Es wurde beschlossen, zur Hebung der gegenwärtigen Notlage der Arbeiterschaft an die Unternehmer heranzutreten betreffs einer Feuerungszulage, da von allen Kollegen betont wurde, daß bei der gegenwärtigen Kurzarbeit mit dem geringen Verdienst nicht mehr auszukommen sei.

Wurzen. Generalversammlung. Geschäftsführer Kollege Schreiber gab einen kurzen Überblick vom verfloßenen Geschäftsjahre. Die im Jahre 1920 stattgefundenen Sitzungen und Versammlungen betragen 379, davon 29 Vertretungen vor dem Schlichtungsausschuß. Die Bewältigung der Fülle von Arbeit sei nur durch die hingebende Arbeit der Betriebsräte und Vertrauensleute möglich gewesen, wofür ihnen der Dank der Mitglieder ausgesprochen werden möge. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 1834, der Zugang betrug 593, zusammen 2427, davon Abgang 457, verbleibt am Ende des Jahres 1920 ein Mitgliederbestand von 1970. Durch die Verschmelzung mit Grimma komme noch ein Bestand von rund 500 Mitgliedern hinzu, so daß dann der Gesamtbestand 2470 betrage. Die Beitragsleistung sei zufriedenstellend, sie beträgt pro Kopf und Jahr 49,37. Es wurde sodann einstimmig beschlossen, die Einstellung eines Kassierers vorzunehmen. Weiter wird beschlossen, die hiesigen Unternehmer zu erforschen, die im November gewährten 5 Prozent Akkordpreiserhöhung bestehen zu lassen.

Zwickau. Amsterdamer Moskauer. Auf ihre vermeintliche Stärke pochend, hatten die kommunistischen Zellen in der Zwickauer Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes erreicht, daß sich eine besondere Mitgliederversammlung mit den sogenannten Stuttgarter Forderungen befaßt. Diese Versammlung fand am 6. Februar statt und war gut besucht. Als Referent war bestimmt gewesen Melcher (Stuttgarter), erschienen war jedoch ein Angestellter der Stuttgarter Verwaltungsstelle namens Kraus. Als Korreferent war anwesend Kollege Lott vom Vorstand. Kraus referierte, nur nicht über die Stuttgarter Forderungen. Wie die Frage um den heißen Brei, wendete und drehte er sich um das eigentliche Thema. Lott schürte tiefer. Er sprach über die Forderungen, zeigte, was sie sind und zu welchem Zweck sie in die Massen geworfen wurden. Der Erfolg war eine gründliche Abfuhr der Kommunisten. Diese Abfuhr war derartig, daß der Referent nicht den Mut besaß, die ihm zum Schlusswort verbleibende Zeit zur Widerlegung zu benutzen. Dazu sei bemerkt: Die Versammlung begann um 10 Uhr vormittags, bis 1 1/2 Uhr dauerte Referat und Korreferat. Daran schloß sich eine Geschäftsordnungsdebatte von 10 Minuten. Um 2 Uhr mußte der Saal geräumt werden, ergo verblieben noch 10 Minuten für jeden Referenten. Kraus erklärte, in 10 Minuten könne er das nicht widerlegen, was Lott ausgeführt habe. So fürchtbar hatte die Abfuhr gewirkt. Der Erfolg war die Annahme einer Resolution gegen ein kleines Häuflein Stimmen, die sich in schärfster Weise gegen die kommunistische Zellentätigkeit und Gewerkschaftszerstörung wendete.

Rundschau

25 Jahre Arbeiterleben in Arbeitszeit und Verdienst

Jahr	Arbeitsstunden pro Jahr	Jahresverdienst M.	Verdienst p. Stb.	Jahr	Arbeitsstunden pro Jahr	Jahresverdienst M.	Verdienst p. Stb.
1896	2084 1/2	1179,72	88,7	1909	2970 1/2	1708,45	57,5
1897	2079 1/2	1188,92	89,8	1910	2987	1677,22	57,1
1898	2044	1165,30	48	1911	2878 1/2	1795,91	60
1899	3073	1414,82	46	1912	2648 1/2	1837,20	69,8
1900	3934	1552,79	46,5	1913	2695	2123,29	78,7
1901	2814 1/2	1876,10	49,9	1914	2864 1/2	1838,08	65,9
1902	2884	1998,—	47,8	1915	3436 1/2	2510,77	78
1903	3069	1586,19	51,6	1916	2651 1/2	2487,56	93,8
1904	3942	1450,31	49,6	1917	3001	3543,32	118
1905	2675	1092,45	40,8	1918	2632	3991,96	151,6
1906	2493	1173,25	47	1919	2292 1/2	5159,80	229
1907	2888	1664,82	53,8	1920	2845 1/2	11608,32	494
1908	3279	1792,31	54,7				

Der Kollege Obermeyer (Hannover) sendet uns diese Zusammenstellung. Gewissenhaft hat der Kollege seit 25 Jahren Arbeitsleistung und Verdienst aufgezeichnet. Als tüchtiger Verbandskollege vielfach den Maßregelungen der Unternehmer ausgesetzt, mußte er oftmals von Ort zu Ort ziehen, um sich eine neue Existenz zu suchen. Ingesamt hatte der Kollege einen Verdienst in 25 Jahren von 58 391,61 M als Werkzeugmacher. Man könnte mit gutem Recht als Überschreit besen: Wer nichts erhebt und nichts ererbt, bleibt ein armes Luder, bis er stirbt. Demgegenüber besen man sich die Verdienste der Aktionäre. Ein Aufsichtsratsmitglied einer Aktiengesellschaft verdient in einem Jahre für ein paar Sitzungen mehr, als ein gelernter Arbeiter in 25jähriger harter Fron zusammenwringt. So sieht es aus im kapitalistischen Zeitalter.

Die Eheschließungen Träger und heute

werden treffend durch eine Statistik der Berliner Standesämter illustriert, die wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen. Danach heirateten in Groß-Berlin:

1911	37 798	1916	24 185
1912	38 941	1917	25 583
1913	36 352	1918	29 111
1914	38 819	1919	51 892
1915	27 661	1920	53 691

Die Wirkung des Weltkrieges ist in diesen Zahlen deutlich erkennbar. Doch sind heute die Motive der Eheschließungen wesentlich andere als früher, was aus Äußerungen ersichtlich ist, die dem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ von Standesbeamter gemacht wurden: Ein harter Anreiz zum Heiraten ist heute die Möglichkeit, auf diese Weise eine Wohnung zu bekommen. Vielfach fand das junge Paar Unterkunft bei den Brauteltern. Jedoch sind diese Fälle schon seltener geworden. Wenn sich ein Brautpaar auf dem Standesamt zur Ausfertigung anmeldet, bittet es in den meisten Fällen zuerst um einen Ausweis für das Wohnungsamt. Es besteht nämlich eine Verfügung, wonach Wohnungsämter Brautleuten beim Anweisen der Wohnungen den Vorzug zu geben haben. Nur um Wohnung zu bekommen, melden sich jetzt öfter Paare zur Ausfertigung schon ein volles halbes Jahr vor dem Hochzeitstermin. Und häufig genug kommen Eheschließungen vor durch Verschlebung der Hochzeit selbst. Auf den Ausweis hin hat beispielsweise ein junges Paar Wohnung gefunden und nachher verzichtet es auf die Eheschließung. In solchen Fällen der Verschlebung entzieht das Wohnungsamt wieder die angewiesene Wohnung. Typisch für unsere Zeit ist auch, daß in vielen Fällen die Brautleute ganze fertig möblierte Wohnungen „kaufen“. Ein anderer Heiratgrund ist die Tatsache, daß sich ein Ehepaar heutzutage oft viel billiger einrichten kann als ein einzelner Junggeselle, der ganz auf Hotel- und Restaurationsleben angewiesen ist. Und die Fälle der Eheschließungen mehren sich zusehends, in denen sowohl der Mann wie die Frau ihren eigenen Beruf haben. Die Ehen von heute haben sehr viel realere Beweggründe als die von früher. Weniger Liebe als Berechnung ist die Basis heutiger Ehen. Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß der Erhöhung der Heiratsziffern in Berlin auch eine ganz bedeutende Erhöhung der Ehescheidungen gegeben, wie vor dem Kriege Ehen geschlossen wurden.

Die Arbeitsermüdung der Industriearbeiter.

In England besteht seit drei Jahren ein Amt für die Erforschung der Arbeitsermüdung der Industriearbeiter (Industrial Fatigue Research Board), welches durch das wissenschaftliche und industrielle Forschungsamt und der ärztlichen Landarbeit gemeinsam aufgestellt wurde.

Dieses Amt hat unlängst einen Bericht über die Ermüdung und Leistungsfähigkeit in der Eisen- und Stahlindustrie veröffentlicht, dessen Ergebnisse wir hier kurz wiedergeben.

Der Bericht stellt weiter fest, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden, welche seit Februar 1919 allgemein wurde, die jährliche Leistung der Arbeiter nicht erhöht hat.

Die Frauen in den Gewerkschaften.

Mit der Ausbreitung der Industrie ist auch die Zahl der Frauen gewachsen, die in das Erwerbsleben hineingerissen wurden. Gleich ihren männlichen Arbeitskameraden erkannten auch sie den Wert der Organisation und traten den freien Gewerkschaften bei.

Die größte Zahl weiblicher Mitglieder zählt der Verband der Textilarbeiter. Ihm folgen die Metallarbeiter, die beide insgesamt über 500 000 Frauen organisiert haben.

Die Rohlenproduktion Deutschlands im Jahre 1920.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht folgende Angaben über die Rohlenproduktion des Deutschen Reiches:

Table with 3 columns: Year, Deutsches Reich ohne Saarrevier und Pfalz, Steinkohlen Tz., Braunkohlen Tz.

Die Produktion von Koks betrug im Jahre 1920 25 177 039 Tonnen gegen 21 206 689 Tz. im Jahre 1919.

Der Kaffeemarkt zu Beginn des neuen Jahres.

Die brasilianischen Kaffeeproduzenten, so wird dem Berliner Börsen-Courier geschrieben, betragen vom 1. Juli bis 31. Dezember in den letzten drei Jahren für Rio- und Santos-Kaffee:

Table with 3 columns: Year, Rio, Santos

Während des ganzen Jahres 1920 waren die Kaffeepreise rückwärtig. Am 2. Januar 1920 war auf dem Hamburger Terminmarkt für Santos-Kaffee die Notierung der Märzfrucht 62, der Dezemberfrucht 57 Cent.

Der vielstellige Kapital.

Marianische Jungfrauenkongregation, Gewerkschaften, Kontroll-Schriften und Ehestandsbücher — wie nennt sich das zusammen? Die aus M. Stadler berichtet wird, heißt die „Königliche Volksgemeinschaft“.

Seine zentralistischen Hintermänner mit dieser Flucht vor den Gewerkschaften ja ihre Angst und ihre Ohnmacht. Die vorgeblich „alles überwindende Kirche“ zieht sich auf ihre Unzulänglichkeit zurück.

Für die beabsichtigte Abschirmung von den freien Gewerkschaften soll dann als Tropfplättchen eine — Sparkasse eingerichtet werden. Als weitere Stufe zum Antigenewerkschaftsheil sollen auch Ehestandskurse dienen.

Aus dem Schreiben an die Marianische Jungfrauenkongregation ist auch wieder zu erkennen, wie sehr diese Leuten unter Kontrolle gehalten werden, damit sie nicht vom Wege der Zentrumstugend abweichen.

Ein Freund eines guten Croptens

muß der verstorbene Dechant in Oberwesel am Rhein gewesen sein. Die Erben dieses weinliebenden Pfarrers veräußerten aus dem parochialen Nachlaß u. a.:

Table with 2 columns: Quantity, Description (e.g., 308 Liter 1918er Rotwein)

Kommentar überflüssig. Die Verteilung einer solchen Menge Alkohol aus dem Besitze eines Einzelnen geschieht in einer Zeit, wo Millionen Menschen vor Unterernährung zugrunde gehen.

Vom Husland

Der Wirtschaftsrat der französischen Arbeiter.

Der französische Gewerkschaftsbund ist durch einen tödlichen Michterpruch aufgelöst worden. Das Urteil hat zwar keinen praktischen Wert, doch ist es kennzeichnend für die allgemeine Lage der Arbeiter in Frankreich.

Gelegentlich des letzten Gewerkschaftskongresses in Orleans sind wegen dieses Wirtschaftsrates heftige Debatten geführt worden. Dabei wurden zwei grundsätzliche Fragen aufgeworfen.

Das Hauptgewicht der Arbeit des Wirtschaftsrates fällt auf die Ausarbeitung von Plänen für die Sozialisierung der wichtigen Betriebe und Industrien. Zulezt hat er einen eingehenden Entwurf für die Nationalisierung der Eisenbahnen ausgearbeitet.

Der Gildensozialismus in England.

Die neugegründete Genossenschaft der Vereinigten Verkehrsarbeiter (The United Vehicle Workers) ist jetzt im Begriff, ein großartiges Unternehmen in London zu gründen.

Amerika.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund, wie einem jüngst erschienenen Bericht zu entnehmen ist, zählt gegenwärtig 4 080 000 Mitglieder, was eine Vermehrung um mehr als 800 000 gegenüber der Mitgliederzahl von 1919 bedeutet.

Australien.

Die englische „Labour Gazette“ teilt mit, Ende 1918 hätten in Australien 394 Gewerkschaften (Trade Unions) mit 581 755 Mitgliedern bestanden. 11 dieser Organisationen hatten mehr als 10 000 Mitglieder.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.) Betriebsräteorganisation als Wirtschaftsorganisation.

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Preis vierteljährlich 13 M., Einzelheft 1 M.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Januar 1921. Einnahmen: Von den Filialen eingekandt 278819,96 M.

Verbands-Anzeigen

Angestellte gesucht. Saarbrücken. Zwei Geschäfts-führer für Agitation und Verwaltung zum sofortigen Eintritt gesucht.

Sonstige Anzeigen

Fahrrad-Schleifer, einen tüchtigen, suchen Gebr. Winkler. Feilenhauer, jüngerer, für Maschinen Feilen 1 und 3 auf sofort gesucht.